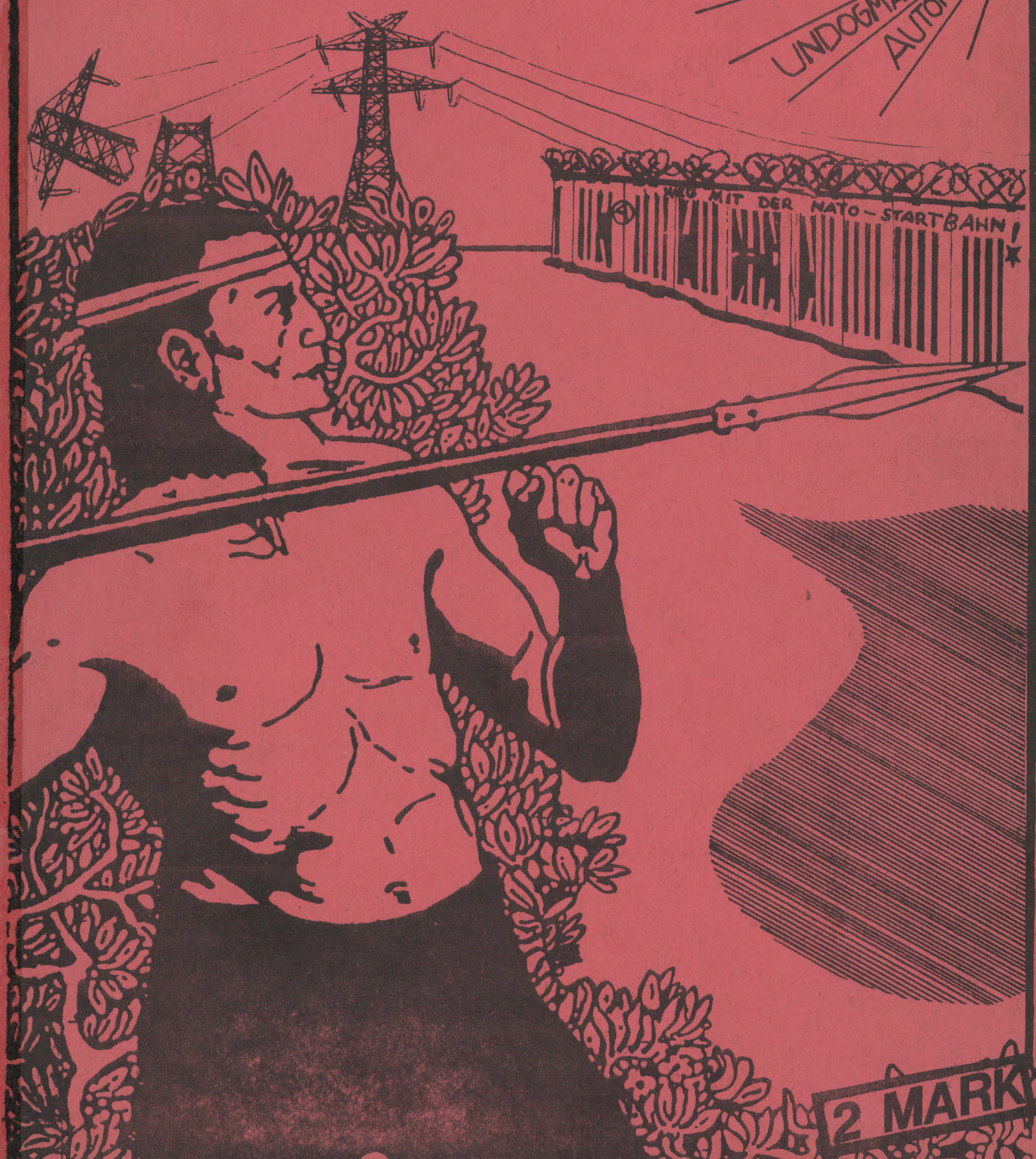
KRASSE ZEITEN ★ GRAUE MORGEN

NR. 6 März-April '84

REGION RHEIN-MAIN
UNDOGMATISCH AUTONOM



2 MARK

hausmitteilungen

Neu an dieser Zeitung ist, daß die "Krasse Zeiten" als Rhein-Main-Zeitung erscheint und nicht mehr wie bisher als Stadtzeitung für Wiesbaden und Mainz.
Warum dieser Schritt in die Ferne?

Das ursprüngliche Konzept der "Krasse Zeiten" war, die "unterlassenen Nachrichten" oder die von der Alternativ-Presse zensierten, aufzugreifen und zu veröffentlichen, um wieder lebhafte politische Diskussionen und Aktionen jenseits von "Grün" und "Frieden" in unseren Köpfen zu aktualisieren und dadurch Teil einer Kommunikationsstruktur der Radikalen und autonomen Linken hier zu sein. "Krasse Zeiten" sollte Anstoß für eine abwechslungsreiche Gestaltung unseres politischen Lebens sein, ein Sammelsurium von Fragmenten, Standpunkten, Erklärungen, Ideen und Ansätzen für ein autonomes Leben "ganz nach unserem Willen".

Bisher hatten die Inhalte unserer Diskussionen fast nie stadtbezogenen Charakter. Was unsere Gemüter bewegte ließ sich hauptsächlich an den regionalen politischen Bezugspunkten Festmachen, wie die Startbahn-West oder Ffm-Hausen. Wir konnten von daher den Anspruch nach einer reinen Stadtzeitung für Mz/Wi. nicht erfüllen.

Seit einiger Zeit besteht nun auch der Vorschlag von Leuten in der Region, sich an dem Projekt Zeitung inhaltlich zu beteiligen.

Unserem Anspruch, Diskussionsforum zu sein und Teil einer nicht nur stadtbezogenen Kommunikationsstruktur der autonomen und radikalen Linken würde dies unserer Meinung nach nur förderlich sein, zumal die bestehenden Diskussionszusammenhänge gerade auch aus der Bewegung gegen die Startbahn-West einen regionalen Charakter haben, und wir ein Interesse daran, diese Zusammenhänge zu stärken, sowie zu Diskussion und Koordination beizutragen.

Diese Ausweitung der "Krasse Zeiten" ist noch nicht ausdiskutiert aber sehr wahrscheinlich;
wir werden die Schritte der künftigen Entwicklung dokumentieren.

Die Utopie von einer regionalen Widerstandszeitung, gemacht von unterschiedlichen Leuten und Kollektiven aus unterschiedlichen Orten steht wieder auf der Tagesordnung.
Wir wünschen uns, daß ihr euch an der Diskussion darüber beteiligt.

Übrigens: wir finden es toll, daß sich einige Leute bisher kritisch und verantwortlich und auch beständig für das Projekt Zeitung eingesetzt haben, ansonsten würde die "Krasse Zeiten" vielleicht auch nicht mehr existieren.

EURE KRASSE ZEITEN

INHALT

S. 3 Radikal-Prozeß
S. 4 Leserbrief
S. 5-7 Aufruf zur Einweihung der Startbahn
S. 8-15 Grundlagenpapier zur Startbahn
S. 16-19 Überlegungen zu einer radikalen Politik an der Startbahn/Mainzer Prozeß
S. 2o-21 Zur Diskussion um die Startbahn
S. 22/23 Schwarzfahren
S. 24-26 Aktionsherbst '84
S. 27-31 Deeskalationsgespräche
S. 32-39 RZ zur 35-Std.-Woche
S. 4o Kurzes
S. 41 Projekt Freies Kommunikationszentrum
S. 42/43 Aktionen

IMPRESSUM

"KRASSE ZEITEN - GRAUE MORGEN"
c/o Bi für lebendige Medienkultur
KONTAKT WIESBADEN:
C/o UMWELTLADEN
KÖRNERSTR. 6
62 WIESBADEN

KONTAKT FRANKFURT:
C/o CAFE SÜDSTERN
SIEMENSSTR. 9
6ooo FRANKFURT

v.i.S.d.P. Ulrich Maurer
Druck: Eigendruck
Erscheinungsweise: ca. alle 6 Wochen

Sämtliche Beiträge stehen unter der Verantwortlichkeit der Verfasser und geben nicht die Meinung der Herausgeber oder des presserechtlich Verantwortlichen wieder.

Es gibt 129(a) Möglichkeiten den WIDERSTAND zu zerschlagen

Das Berliner Kammergericht hat sein Terrorurteil gefällt: Michael Klöckner und Benny Härlin sollen je 2 1/2 Jahre hinter Knastgitter.
Als angebliche Herausgeber der Zeitung "Radikal" sind sie verurteilt worden wegen Verstoß gegen § 129 a StGB (Werbung für eine terroristische Vereinigung), gegen § 140 (Billigung von Straftaten) und gegen § 111 (Aufforderung zu Straftaten).

Die Anwendung des § 129 a auf politischen Widerstand, seine Dehnbarkeit und flexible Handhabung hat seit 1980 zugenommen. Er stellt neben der Mitgliedschaft die "Werbung bzw. "Unterstützung" einer sogenannten terroristischen Vereinigung unter Strafe. Was z.B. unter "Werbung" zu verstehen ist, ist eine Definitionsfrage und so eignet sich die Anwendung und Auslegung dieses Paragraphen vorzüglich um ein ganzes Spektrum politischer Tätigkeit zu kriminalisieren.
So geschehen bei der Konstruktion zur "terroristischen Vereinigung" bzw. "Werbern" bei folgenden politischen Gruppierungen und Aktivitäten: Hausbesetzern (z.B. in Wiesbaden), "Schwarzer Block" in

Frankfurt, Unterstützer von Öffentlichkeit zum Hungerstreik von politischen Gefangenen, das Konstrukt von der sogenannten "legalen RAF", Verfahren gegen Bewegungs Zeitungen wie Große Freiheit, Radikal, Atomexpress, die Kriminalisierung in Rüsselsheim ... usw.

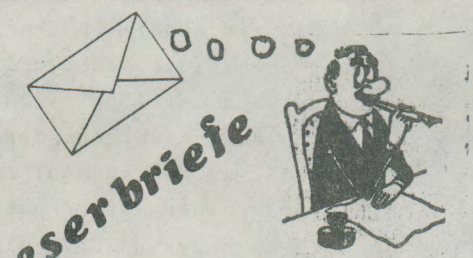
Es zeigt sich immer deutlicher, daß der § 129 a eine juristische Waffe ist, mit der breite Teile der Linken eingeschüchtert werden und der radikale, isolierte Rest kriminalisiert und vernichtet werden soll. Bisher hatten wir dem wenig entgegenzusetzen, denn gerade in "bewegungslosen " Zeiten stößt die Justiz in freigewordenen Räume nach, und beginnt mit der Aburteilung und Rache an denjenigen, derer sie habhaft werden konnte.
Unserer Einschätzung nach, wird in naher Zukunft die Repression härter, weil die Teilbereichsbewegungen (Startbahn West, Häuserkampf, Anti-AKW, Anti-Krieg) auf ihre Substanz reduziert sind und die radikalen und autonomen Strömungen relativ isoliert ohne Schutz einer breiten sozialen Bewegung dastehen.

Die Urteile im "Radikal"- Verfahren, die Urteile gegen die "Krefeld Gefangenen", die Prozesse und Knasturteile gegen Mainzer Hausbesetzer, die lange Untersuchungshaft der "11.6. - Gefangenen", usw., zeigen unsere relative Schwäche, das wir nicht in der Lage waren, durch entsprechende Öffentlichkeit und Aktivitäten unsere Genossen/innen zu schützen.

Zurück zur"Radikal" :
Die Radikal wird weiter erscheinen und dieses zeigt, im optimistischsten Fall, daß die Einschüchterung nicht mehr so ohne weiteres funktioniert.
"Die schärfste Waffe kann stumpf werden, wenn immer mehr Menschen gegen die Verbrechen des Systems aufstehen."
Unabhängig von der Kontroverse, zwischen dem Ruf nach Pressefreiheit hier (TAZ/Liberale) und der politischen Einschätzung des §.129 a dort, als Waffe im Klassenkampf , müssen alle Linken nach ihren Möglichkeiten versuchen, Gegenöffentlichkeit herzustellen und konkret für die Abschaffung des Gesinnungs - § 129 a zu kämpfen.
Das Revolutionäre überlegen müssen, wie sie bei Repression verdeckt und besser geschützt weiter machen, ist klar. Trotzdem steht unbedingt die Auseinandersetzung an, wie wir uns als eigenständige revolutionäre Bewegung jenseits von Teilbereichskämpfen konstituieren und eine Programatik entwickeln, auch in inhaltlicher Abgrenzung zu anderen Linken (Grüne/Gewaltfreie ...).
Wir denken aber, daß dies ohne Selbstisolierungstendenzen und ohne in das Spalte-und-Herrsche Manöver der Staatsmacht zu verfallen,verlaufen muß, ansonsten könnte dies schon in Kürze existenziell gefährlich für ein Überleben radikaler Politik sein.

SCHAFFT VIELE RADIKALE ZEITUNGEN !!!

K. LASCHNIKOV



Der aufrechte Gang in den Knast

mit großem Interesse begann ich in Eurer letzten Nummer den Text zur Totalverweigerung zu lesen. Hätten ja gute Tips drin stehen können. Bickel,Justizminister von Rheinland-Pfalz hätte sich keine bessere Berichterstattung zur Totalverweigerung wünschen können!

Sich total zu verweigern bedeutet eben nicht nur Kriegs-und Ersatzdienst zu verweigern, sondern auch darüberhinaus gegen alle anderen Zwänge zu kämpfen. Derjenige Totalverweigerer,der für 1o - 12 Monate o.B. im Knast verschwindet, erfüllt freiwillig dieselben Funktionen wie jeder Arbeitslose zwangsläufig: er ist das Schreckgespenst, das durch seine bloße Existenz einschüchternd wirkt und somit indirekt dazu beiträgt, Widerstand gegen noch härtere Bedingungen aussichtslos erscheinen zu lassen.

Daß Zivildienst Zwangsdienst ist und nichts mit Friedensdienst zu tun hat,ist in besagtem Artikel ja ganz anschaulich begründet,aber daß man deswegen die Alternative Knast wählen soll,entzieht sich meinem Vorstellungsvermögen (die von Euch aufgeführten "Formen der Totalverweigerung" führen zwangsläufig dahin)
Wer Euren Fahrplan zum Knast befolgt und nicht vollkommen naiv ist, der rechnet im voraus mit seinem Urteil,legt sein Schicksal in die Hände der Gerichte und setzt somit kein Zeichen von Widerstand,sondern von aufrichtigem staatsbürgerlichem Verantwortungsbewußtsein; als ob Widerstand jemals justiziabel gewesen wäre.
Mein Vorschlag: schreibt einen neuen Artikel zur Totalverweigerung, der den potentiell Betroffenen Perspektiven eröffnet,anstatt in Sackgassen zu weisen.

ein Leser

Aufruf für eine Aktionswoche

Von den Betreibern ist der 12.4. 84 als Termin für die Inbetriebnahme der Startbahn West angepeilt, die Eröffnung also nach mehr als zweijähriger Bauzeit. Unser ununterbrochener Kampf tritt damit in eineneue Pase. Daß der Widerstand weitergehen wird, steht außer Frage. Ab dem Zeitpunkt der Inbetriebnahme sind wir nämlich mit den Folgen der Flughafen erweiterung Rhein-Main konfrontiert. Die offensichtlichsten zerstörerischen Folgen sind ohne Zweifel die Ökologischen:
ca. 25o ha Wald wurden vernichtet, das letzte zusammenhängende Waldstück im südlichen Rhein-Main-Gebiet;
der an die Startbahn angrenzende Mönchbruch ist ein Feuchtgebiet, das durch den Startbahnbau und die Verlegung der RWE-Trasse beeinträchtigt wird; Grundwasserabsenkung sowie das Aussterben geschützter Tier- und Pflanzenarten sind die Folge.

Ein weiterer sehr entscheidender Faktor ist die lokale Verstärkung des Fluglärms in Startrichtung der 18 West Davon werden besonders die Gemeinden Worfelden, Büttelborn, sowie Groß-Gerau, Darmstadt und Mörfelden Walldorf betroffen sein. Ein Nachtflugverbot wird trotz Grüner Verhandlungen mit der SPD nach neuesten Äußerungen aus Bonn und einem Rundfunkinterviewmit einem Vertreter der FAG in absehbarer Zeit nicht durchgesetzt werden.

Das sind die direktesten Einwirkungen, die das Leben hier schleichend, aber nachhaltig beeinträchtigen. Sie haben den Bau der Startbahn West zum Symbol für menschenverachtende, ökologisch verantwortungslose Großprojekte-Politik gemacht. Eben diese Gründe waren es auch, die zu Beginnder Bau- bzw. Rodungsphase die Menschen zu 1o.ooo den in den Wald bzw. auf die Straße brachtem.(Wenn die Bäume fallen, stehen die Menschen auf)
Der Bau der dritten Startbahn wurde dennoch mit allen Mitteln, vorangetrieben und mit der Erhaltung von Arbeitsplätzen und der erwarteten Zunahme des Luftverkehrs begründet.
Die offiziellen Prognosen erwiesen sich bald als reine Zweckpropaganda, die tatsächliche Entwicklung stagnierte bzw. nahm sogar ab. Heute müssen die Ministerien und die Bundesanstalt für Flugsicherung an rechtlichen Maßnahmen

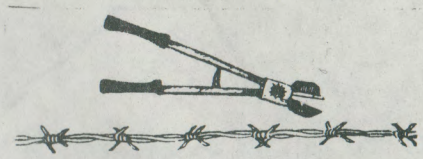
basteln, um einem Boycott der 18 West durch die Fluglotsen zu begegnen, bzw. sie zur Benutzung zu zwingen.

Schon zu einem relativ frühen Zeitpunkt wurde den Startbahngegnern klar, daß die wahren Hintergründe umfassender, die dahinterstehenden Interessen viel weitgehender sind. Unmittelbarer Betreiber und Nutznießer ist einmal die FAG, ein Unternehmen, daß sich in öffentlicher Hand befindet. Die wirtschaftliche Zukunft, den Kapazitätszuwachs im Luftverkehr, erwartet die FAG im wesentlichen in der Steigerung des Frachtumschlages. In diesem Zusammenhang ist auch das nördlich der Startbahn gelegene Frachtzentrum und dessen geplanter Ausbau zusehen. An maximaler Auslastung bei minimalen Bodenzeiten und schnellsten Umsteigeverbindungen, auch mittels neuer Startbahn, sind daneben die Fluglinien gesellschaften, vorallem die Lufthansa mit Sitz in Frankfurt und nicht zuletzt alle wichtigen Konzerne, Banken und Industrien des Knotenpunktes Rhein-Main interessiert. Sie brauchen einen möglichst leistungsfähigen Flughafen für ihre Ex- und Importgeschäfte und für die im Rahmen internationaler Arbeitsteilung möglichst kostengünstige Verlagerung der Produktion in Billiglohnländer.

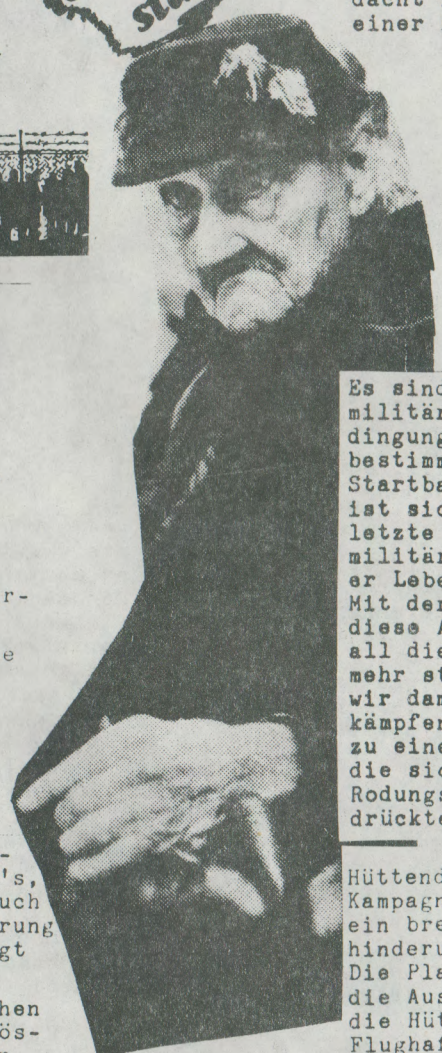
Die FAG wurde im übrigen vor und während des Startbahnbaus nie müde zu behaupten, daß nur durch die Startbahn neue Arbeitsplätze geschaffen würden und später, daß nur durch die Startbahn die bestehenden Arbeitsplätze gesichert werden könnten. Tatsächlich wurden aber während des Baus schon Arbeitsplätze wegrationalisiert und der Rationalisierungsdruck wird sich durch das in der Startbahn festgelegte Kapital noch weiter verschärfen.

Spätestens mit der Bauphase stellte sich ein weiterer Nutznießer heraus: Im westentlichen die Großkonzerne der Bauindustrie (Holzmann, Hoch-Tief) verdienen an solchen Großprojekten zudem mit regelmäßigen Preisabsprachen (siehe "Die Zeit", Febr. 83), Konzerne, die genauso am Bau von AKW's, Autobahnen, Munitionsdepos oder auch Gefängnissen, so wie an der Sanierung (= Zerstörung) der Städte beteiligt sind.

Schließlich wurden die militärischen Hintergründe immer klarer: Als grösster militärischer Frachtflughafen der Army außerhalb der USA und Stützpunkt des militärischen Lufttransportkommandos (MAC) und auch zur Unterstützung der "Schnellen Eingreiftruppen" (RDF) bei erwarteten Interventionen im mittleren und nahen Osten, kommt der Rhein-Main-Airbase eine wesentliche Funktion zu. Von dort aus wurden Truppen nach Vietnam, Waffen nach Israel, kurz Nachschub und Material in die Kriegs- und Krisengebiete der halben Welt geliefert. Waffen, Material und Munition, die im Rhein-Main-Gebiet in (neuausgebauten) Depots gelagert sind, können mit Hilfe der Bundeswehr (-reservisten) "zur Entlastung amerikanischer Kräfte für andere Aufgaben außerhalb der Allianz" (O-Ton Wörner in der WT 10/83) schnellst möglich verfügbar gemacht werden. Im Zusammenhang mit der offensiven Kriegsführungsdoktrin der USA, Air Land Battle, der Wiederbelebung offensiver Interventionspolitik und der Diskussion um die schnellen Eingreiftruppen der USA soll der militärische



Hintergrund des Startbahnbaus verstärkt in den Vordergrund gerückt werden. Sieht man die Aufgabe, die der BRD z.B. im Nato-Langzeitprogramm der oben genannten Strategie zugedacht ist, so kann zu Recht auch von einer Nato-Startbahn gesprochen werden.



Es sind also sowohl Kapital- als auch militärische Interessen, die die Bedingungen des Frankfurter Flughafens bestimmen und somit auch für den Startbahnbau verantwortlich sind. Es ist sicher nicht das erste und das letzte Mal, daß wir diesen ökonomisch militärischen Komplex als Feind unserer Lebensinteressen erkannt haben. Mit der Inbetriebnahme kommen nun alle diese Auswirkungen zur Geltung, werden all diese Punkte zur Realität. Einmal mehr stellt sich damit die Frage, ob wir damit resignieren oder weiterkämpfen. Zwischen 1979 und 1981 kam es zu einer breiten Mobilisierung der BI's, die sich im Oktober 1980 gegen die Rodungsarbeiten auch praktisch ausdrückte. Seit diesem Herbst wurde der Hüttendorfbau vorangetrieben, mit der Kampagne für ein Volksbegehren wurde ein breiter Versuch zu legalen Verhinderung des Projektes gestartet. Die Platzbesetzung des 7 ha Geländes, die Auseinandersetzung im Wald gegen die Hüttendorfräumung, Nacktensamstag' Flughafenblockade und die täglichen Demonstrationen in den Städten im November 81 waren Ausdruck einer, die gesamte Region umfassenden Bewegung. Nach der Ablehnung des Volksbegehrens, der Rodung des 2. Bauloses, kam es am 3o.1.82 zum erneuten Platzbesetzungsversuch, der allerdings auch die letzte Großaktion dieser Art im Wald darstellte. Ein Teil der Bewegung hatte nach massiven, harten Polizei- und

BGS-Einsätzen resigniert. Ein weiteres Mittel der Repression wurden zunehmend die Prozesse gegen die Startbahngegner. Herausragendste Beispiele waren der Schauprozess gegen Alexander Schubart und der Versuch, über zivile Schadensersatzklagen Zehntausende von D-Mark bei willkürlich herausgegriffenen Startbahngegnern einzuklagen. Von den weit über 1ooo eingeleiteten Strafverfahren ist ein Teil inzwischen eingestellt, es gab Freisprüche und viele Verurteilungen(bis zu 2 Jahren Gefängnis auf Bewährung bei Alexander Schubart), ein Teil der Prozesse steht noch aus. Vielen Betroffenen ist es jedoch durch den Rückhalt der Bewegung und durch die Unterstützung der Bunten Hilfe gelungen, offensiv mit den Prozessen umzugehen.
Mit **mehreren** Flughafen-Terminalbesuchen Blockaden und phantasievollen Aktionen gegen die beteiligten Baufirmen, wurden ansatzweise auch Betreiber und Nutznießer angegangen und die Fixierung auf die Rodung durchbrochen. Vorrangiges Ziel war nun nicht mehr die Ver- sondern die möglichst effektive Behinderung der Arbeiten. Vor allem die Sonntagsspaziergänge zur Mauer entwickelten sich bald zum stärksten Ausdruck eines kontinuierlichen Kampfes. Verschiedene Aktionsformen sind zusammengewachsen zu einem zähen und entschlossenen Widerstand. Am 12.12.82 und Pfingsten 83 wurde versucht, die AIR-Base in unsere Aktionen miteinzubeziehen. An den Jahrestagen (2.11.) Sylvester, zur Tunneleinweihung und dem RWE Trassenbaubeginn kam es zu weiteren Demonstrationen im Wald und am 1.1.84 wurde der 1oo. Sonntagsspaziergang gefeiert. All das macht ganz deutlich, daß der Widerstand weitergeht.

Daran wird auch ein Verhandlungsergbnis zwischen den Grünen und SPD, waspraktisch den Ausverkauf unserer Forderungen bedeutet, nichts ändern. Die Region soll hier, gegen die vage Zusage von Schallschutzfenstern und ähnlichem befriedet werden. Die Eröffnung der Sartbahn soll stillschweigend hingenommen werden. Es gibt jedoch immernoch, wenn auch dezimiert, Strukturen der BI, ein Umweltbüro,Ortsgruppen, die für sich Wege gegangen sind, aber an der Thematik Startbahn West nicht locker gelassen haben. Das sind Strukturen, die auch in Zukunft in der Rhein Main Region nicht unwichtig sein werden. Die Bewegung hat offensichtlich eine Niederlage erlitten, was ihre Hauptforderung, "Keine Startbahn West", angeht. Die Trasse ist gebaut, diese Tatsache nehmen wir zur Kenntnis. Es kann ohne Selbstüberschätzung festgestellt werden: Die Bewegung gegen die Sartbahn West bleibt in Qualität, Kontinuität und regionaler Verankerung in der Bevölkerung beispielhaft in der Geschichte der sozialen Bewegungen in der BRD. Der Erfolg dieses Widerstands ist freilich nicht der Startbewegung selbst, sondern anderen ökologischen Bewegungen zugute gekommen: So wurde der Block C in Biblis, die Wiederaufbereitungsanlage in Nor'hessen und die Ernstbachtalsperre nicht gebaut.

Für uns steht es an, Perspektiven in der heutigen Situation zu entwickeln, d.h. mit weniger Leuten, bei härterer Repression. Die Bewegung ist nicht am Ende, sondern sie tritt in eine neue Phase ein. Wir müssen lernen, einen langfristigen Widerstand zu entwickeln, der eine Politik der vollendeten Tatsachen zwar noch nicht verhindern kann, aber auf keinen Fall hinnimmt. Dabei müssen wir die Gegenseite besser kennen lernen und versuchen, sie an ihren Schwachpunkten zu treffen.
Sie können zwar die Startbahn bauen, ater sie werden keine Ruhe bekommen.

T E R M I N E :

Sonntag 8.4.84		Veranstaltung von Ortsgruppen der BI (Walldorf,Büttelborn, Wixhausen) zur Perspektive an der Startbahn West
ab	14.00	Bürgerhaus Mörfelden Gespräche, Dias, Musik, ...

Donnerstag		
	12.4.84	KUNDGEBUNG gegen die Eröffnung und Einweihung der Startbahn West
	18.00	Rathaus-Platz (Dalles) Mörfelden

Freitag 13.4.84		16.00 Uhr Kundgebung Preungesheim
	ab 17.00	Uhr Regionale Demonstration, Paulsplatz
Samstag 14.4.84		11.00 Uhr Demonstration (bundesweit) ab Walldorf zum Startbahngelände (mit Kundgebung in Walldorf)

Bürgerinitiative gegen die Flughafenerweiterung Rhein/Main

Mörfelden, den 26.2.84

In dem vorliegenden Papier wollen wir dalegen, auf welcher Grundlage eine Weiterarbeit erfolgen soll.

I.

Die Bürgerinitiativen gegen die Erweiterung des Rhein-Main- Flughafens konnten ihr ursprüngliches Hauptziel, die Verhinderung der Startbahn 18 West nicht erreichen.

Wir verstehen dies nur insofern als Niederlage, als mit dem Zerstörungswerk 18 West ein brutaler Schlag gegen die Umweltbedingungen unserer Region mit staatlichem Faustrecht durchgesetzt wurde. Die Mittel der bis dahin größten Bürgerbewegung des Landes, die einhellige Mehrheitsmeinung der Bevölkerung, der Weg des gewaltfreien Widerstandes scheiterte an dem Gewaltmonopol der größten Polizeiarmada, die je in der Bundesrepublik im Einsatz war.

der Glaube an die Legitimation der staatlichen Macht, an den von oben beschworenen Rechtsstaat und die parlamentarische Demokratie erlitten die eigentliche Niederlage. Der Schein jener endete im Tränengas-Nebel vor Mauern und Stacheldraht dort, wo der Bürgerprotest an einen Lebensnerv von Macht und großem Geld rührte.

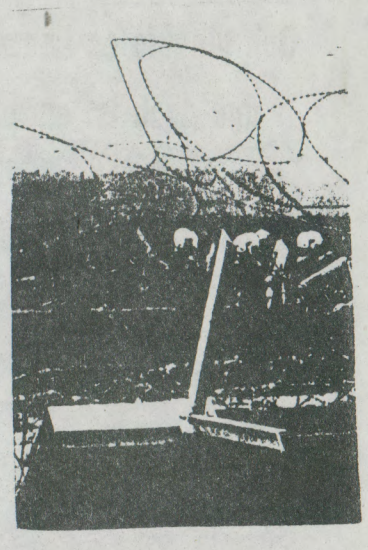
Nach der Abwürgung aller legalen Möglichkeiten gegen den Startbahnbau zogen sich nacheinander die bis dahin den Protest unterstützenden Teile der "staatstragenden" Parteien, Kirchen, Gewerkschaften und Verbände aus der aktiven Bewegung zurück. Eine zweite Phase der Bewegung richtete Protest und Widerstand gegen die Waldrodung und die Bauarbeiten. Verstärkt über die Medien wurde eine massive Kampagne gegen die weiterhin massenhaften und vielfältigen Aktivitäaten vor allem an der Baustelle geführt. Sie hatte das Ziel, den weiteren Widerstand zu diffamieren, zu isolieren und zu kriminalisieren. Unter diesen Bedingungen und zugleich unter dem Eindruck gerodeter, betonierter Tatsachen wandten sich weitere Teilnehmer von der Bewegung ab und gingen zum politischen Alltag über.

Doch trotz Verlust des breiten Massencharakters behauptete sich bis heute eine hartnäckige und bürgernahe Kontinuität des Widerstandes so, daß der Wunsch der Herrschenden nach Friedhofsruhe bislang unerfüllt blieb.

Mit der Inbetriebnahme der Piste endet für die Bewegung gegen die Startbahn 18 West auch die zweite Phase, die sich gegen die Baumaßnahmen richtete. Für die weitere Zukunft stellen sich nun verschärft alle Fragen der Perspektive, des Inhaltes und der Legitimität des weiteren Widerstandes. Kräfte,die nun die Beendigung des Widerstandes, das sich Fügen um den Preis kleiner Zugeständnisse etwa in der Nachtflugfrage, im Zuge sozialdemokratisch - grüner Realpolitik propagieren, vollziehen nach, was die "staatstragenden" Teile der Bewegung bereits nach dem Scheitern des Volksbegehrens taten. Andere jedoch werden sich auch langfristig nicht mit dem Umweltverbrechen Startbahn 18 West abfinden. Die Erfahrungen und Erkenntnisse des jahrelangen Widerstandes haben politische, wirtschaftliche und militärische Zusammenhänge gezeigt, die einer weiteren Arbeit gegen die lebensfeindliche Expansion und Konzentration des Luftverkehrs auf Rhein-Main einschließlich der US-Air-Base, vertiefte Grundlagen gegeben.

II.

<u>Im Folgenden soll dargelegt werden, warum wir es für richtig halten weiterhin zu arbeiten.</u>



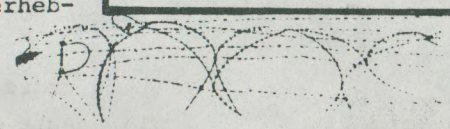
<u>ÖKOLOGIE</u>

Durch den Bau und die Inbetriebnahme der Startbahn 18 West werden die ökologischen Grundlagen des Rhein-Main Gebietes weiter gefährdet. Einige der schwerwiegenden Folgen, wie

- die Einschränkung der Filterfunktion des durchschnittenen Waldgebietes und damit die Erhöhung der Dreckkonzentartion in der Atemluft,
- die schwere ökologische Schädigung des Feuchtbiotopes Mönchbruch im südlichen Startbahnbereich durch die dauernde Grundwasserabsenkung,

- die Verseuchung des Grundwassers durch Treibstoff, Gummiabrieb, chemische Wasch- und Lösungsmittel und Auftausalze und
- der Verlust zusätzlichen Waldes am Startbahnrand durch Windbruch werden erst mit der Zeit offensichtlich werden.

Andere Konsequenzen, wie z. B. die Zerstörung des Naherholungsgebietes und die weitere Verlärmung der Region zeigten sich schon beim Bau der Startbahn, bzw. werden sich sofort nach Inbetriebnahme zeigen.
Die Auseinandersetzung um den Fluglärm wird voraussichtlich eine Hauptfront zwischen den Startbahnbetreibern und uns werden. Laut FAG erfolgt durch die Startbahn eine "gerechtere Umverteilung des Fluglärms". Tatsächlich werden weitere Landstriche und große Bevölkerungsteile im Süden, Süd-Westen und im Süd-Osten einer erheblichen zusätzlichen Belastung ausgesetzt.



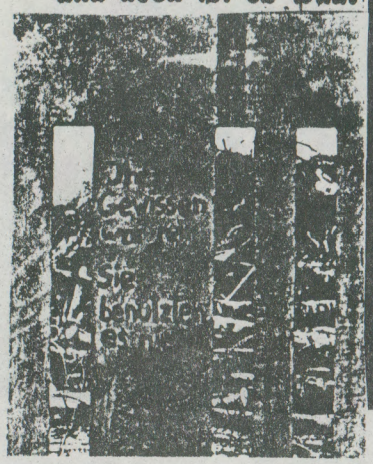
ÖKONOMIE **Pfui! Pfui!**

Ein wesentliches Argument der Flughafenbetreiber bei ihrem Vorhaben war das der Arbeitsplätze. Behauptet wurde durch den Bau der Startbahn 18 West könnten ca. 10 000 Arbeitsplätze neu geschaffen werden Nach dem Abschluß der Bauarbeiten ist aber festzustellen, daß dies nicht zutreffen wird. Die FAG redet jetzt nur noch von der Sicherung der bestehenden Arbeitsplätze.

Es zeigt sich deutlich, daß eine Konzentration von Kapital in einer Region oder einem einzigen Projekt nicht Arbeitsplätze sichert, sondern ein gewaltiger Rationalisierungsschub erfolgt. Nehmen wir, zum Beispiel, den Briefverkehr. Um auf der Schiene die Post zu befördern waren ca. 4000 Beschäftigte erforderlich. Durch die Errichtung des Nachtflugsterns der Bundespost wird dies jetzt mit einem riesigen, computergesteuertem Verteilersystem auf Rhein-Main von ca. 400 Bediensteten erledigt.

Die Startbahn 18 West kostet etwa 200 Millionen DM. Dadurch steigen die Start- und Landegebühren, und das wiederum erfordert "leistungsfähigen Service" Also noch mehr technisches Aufrüsten durch Automatisierung und Verdrängung menschlicher Arbeitskraft.

Ich glaubte es kaum
und doch ist es wahr



Die Bürgerinitiativen gegen die Flughafenerweiterung haben in der Vergangenheit in gründlichen und sachkundigen Analysen die struktur- sowie verkehrspolitischen Schäden für die Gesellschaft nachgewiesen, die aus der Konzentration des Luftverkehrs auf Rhein-Main folgen. Im Rahmen der bestehenden Wirtschaftsordnung würden Alternativen, etwa durch Dezentralisierung oder Verlagerung des innerdeutschen Verkehrs auf die Schiene, aufgezeigt. Oder es wurde belegt, wie durch eine Vielzahl von technischen, baulichen oder operationellen Verbesserungen der bestehende Flughafen auch ohne eine dritte Startbahn in einem Maße stärker genutzt werden könnte, das die durch die Startbahn 18 West geschaffene Kapatitätserweiterung weit übertrifft. All diese Argumente gelten unverändert.

Das sie jedoch letztlich wirkungslos blieben, gibt Gründe zu der Annahme, daß mit der Flughafenerweiterung ökonomische Zielsetzungen verbunden sind, die jenseits des Rahmens der bisherigen Kritik liegen. Im zusammenhang mit der Kritik an der ökonomischen Unsinnigkeit der Startbahn 18 West muß festgestellt werden, daß zum Teil eine Überbetonung der konjukturellen Rückläufigkeit des Luftverkehrs in den Jahren 1980 bis 83 durch die Bürgerinitiative den Blick für langfristige Projektionen der wirtschaftsstrategischen Interessen verstellte, die dem Flughafenausbau zugrundeliegen.

Die extreme und wachsende Abhänigkeit der Bundesrepublik vom Export z.B. wurde von den Startbahnbefürwortern stets als zentrales Argument vorgebracht. Es ist keinesweges so, daß durch wachsende Exportabhänigkiet stets Arbeitsplätze geschaffen oder auch nur gesichert werden. Im gegenteil, der Gleichklang internationaler Konjunkturschwankungen verschärft die Krisenanfälligkeit; der internationale Konkurrenzkampf ruft weitere Arbeitsplatzvernichtung durch Rationalisierung usw. hervor. Schließlich ist festzustellen, daß die herrschende Weltwirtschaftsordnung, in der die BRD ihre Rolle als Exportland verstärkt zu spielen trachtet, eine immer krassere Kluft zwischen armen und reichen Ländern bedeutet. Diese Verhältnisse und Beziehungen bedürfen entsprechender Verkehrsaktivitäten, die nach den zugrundeliegenden Wirtschaftsinteressen stets anwachsend,zu einem großen Teil über den Rhein-Main-Flughafen abgewickelt werden sollen.

Diese entscheidenden Hintergründe für den Bau der Startbahn 18 West zu beleuchten, bedeutet, daß sich in der Argumentation der Bürgerinitiativen der Kreis schließt, mit dem die allseitig verheerenden Auswirkungen der Flughafenerweiterung in ökologischer, regionaler und verkehrspolitischer Hinsicht im zusammenhang stehen mit den wirtschaftsstrategischen, militärischen und internationalen Problemstellungen.

MILITÄRISCHER ASPEKT

Im selben Maße,wie die Bedarfsberechnungen und Prognosen von FAG und Hessischer Landesregierung für die Erweiterung des Frankfurter Flughafens von der Bürgerinitiative widerlegt und von der tatsächlichen Entwicklung des Flugverkehrs Lügen gestraft wurden,verdichteten sich die Hinweise auf militärische Hintergründe für den Startbahnbau.

Es wurde deutlich,daß die Entwicklung des Zivilluftverkehrs erstmal nicht zu unmittelbaren Kapazitätsengpässen führt.In der Zukunft wird es möglich sein, durch die Instalation von neuen technischen Start-und Landehilfssystemen,eine eventuelle Steigerung des Bedarfs auch mit dem Zweibahnensystem zu bewältigen. Diese Tatsache lenkte die Aufmerksamkeit auf die militärische Nutzung des Flughafens "Rhein-Main".

Bei Recherchen über die militärischen Aktivitäten auf der, dem zivilen Teil gegenüberliegenden US-Air-Base wurde schnell deutlich, daß diese militärische Einrichtung der US-Luftwaffe in nichts dem "Weltflughafen" Rhein-Main an Bedeutung nach steht.
So ist auch die US-Air-base im wahrsten Sinne des Wortes ein "Weltflughafen". Zum einen als "Tor zu Europa" wie die offizielle Bezeichnung ist (Gateway to europe), aber auch Drehscheibe und Ausgangspunkt für militärische Aktionen in ganz Europa, dem Mittelmeerraum, Nordafrika und der Erdölregion am Persischen Golf.
Diese weltpolitische Wichtigkeit der US-Air-base bedeutet, daß militärstrategische Planungen der USA immer auch Auswirkungen auf das Geschehen auf der US-Air-base und damit auf den gesamten Ffm-Flughafen haben.
Der Journalist Uwe Zimmer Schrieb im Stern: "US-Militärs sind sich ohnehin einig, daß der Flughafen Frankfurt zum Herzstück der US-Verteigigungsplanung (Kriegsplanung) gehört.
Wir wollen jetzt nicht nocheinmal mit einer Beweisführung für die militärischen Hintergründe des Startbahnbaus beginnen. Hierzu sei auf diverse Flugblätter, mehrere Artikel im Umwelt-Express und verschiedene Aufsätze in Startbahnbüchern verwiesen.
Eine intensive Diskussion über die militärischen Aspekte des Ffm-Flughafens, kann unserer Meinung nach gerade jetzt am Ende einer entscheidenden Phase unseres Kampfes, unter anderem eine Erklärung liefern, warum es uns nicht gelang trotz solch breiten, intensiven und kontinuielichen Widerstandes den Bau zu verhindern.
Die militärische Nutzung der Startbahn West wie des Gesamten Ffm-Flughafens muß zu einem der Hauptgründe für unseren weiteren Widerstand gegen das Projekt werden.

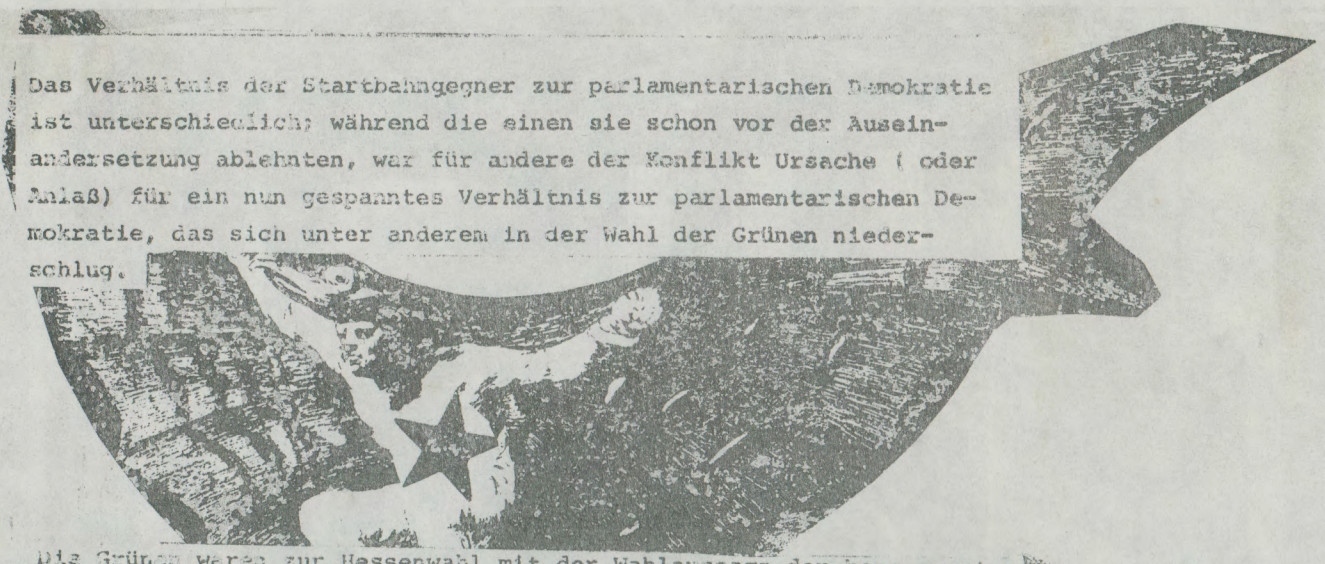
Erfahrungen mit der "Demokratur"

Im Dezember '80 wurde vor dem hessischen Landtag zu Thema 18 West ein Hearing veranstaltet, bei dem schon vorher klar war, daß es um die Befriedung der SPD-Basis-Verbände und die "Stäbilisierung" der Rhein-Main-Region ging. Die Tatsache, das die Ablehnung des Startbahnprojekts durch eine ganze Region nicht einen einzigen Abgeordneten in seinem Abstimmungsverhalten beeinflußt hat, verstörte viele, die im Parlament die Demokratie verwirklicht sahen.

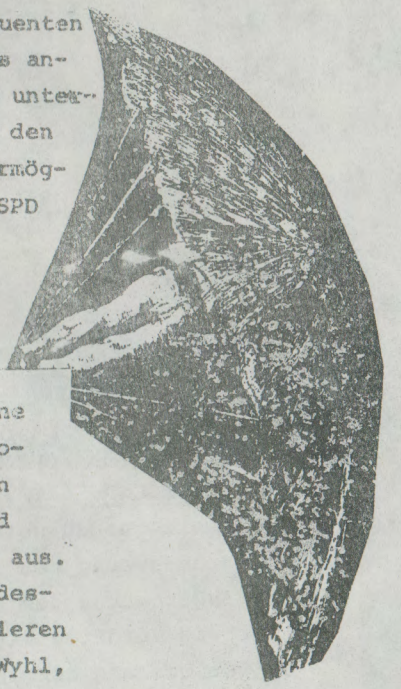
Dennoch wurde 1981 das Volksbegehren als letztes rechtliches Mittel eingeleitet; eine Urform der Demokratie, weil als Ziel das Volk durch ein von ihm selbst erlassenes Gesetz über den Bau der Startbahn abgestimmt hätte. Der gewohnte Weg der Gesetzgebung durch, obgleich gewählte, doch nur ihrem Gewissen unterworfene Abgeordnete wäre umgangen worden. Der hessische Staatsgerichtshof saß über das Volk zu Gericht und befand sein Verhalten, seine Forderung nach Mitbestimmung und Demokratie für Verfassungswidrig. Unabhänig von der Anzahl der Unterschriften war dies die einzige Möglichkeit das Volksbegehren zu stoppen.

Im Wald marschierten im Oktober 1981 die Polizeitruppen auf, um den Landtagsbeschluß (einstimmig) zum Bau der Startbahn 18 West durchzusetzen. Hier konnte die Polizei die oft nur als Ordnungsorgan dargestellt wird, in ihrer anderen Funktion gesehen werden: der des Vollzugsorganes.

Das Verhältnis der Startbahngegner zur parlamentarischen Demokratie ist unterschiedlich; während die einen sie schon vor der Auseinandersetzung ablehnten, war für andere der Konflikt Ursache (oder Anlaß) für ein nun gespanntes Verhältnis zur parlamentarischen Demokratie, das sich unter anderem in der Wahl der Grünen niederschlug.



Die Grünen waren zur Hessenwahl mit der Wahlaussage der konsequenten Ablehnung der Startbahn 18 West und einem Demokratieverständnis angetreten, das sich grundlegend von dem deretablierten Parteien unterscheiden sollte. Das Schlagwort von der "Basisdemokratie", das den Wählern mehr Einflußnahme auf das Verhalten der Abgeordneten ermögliche sollte, wurde jedoch angesichts der Verhandlungen Grüne/SPD zur Farce.

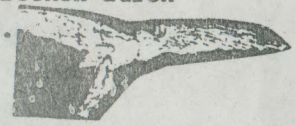


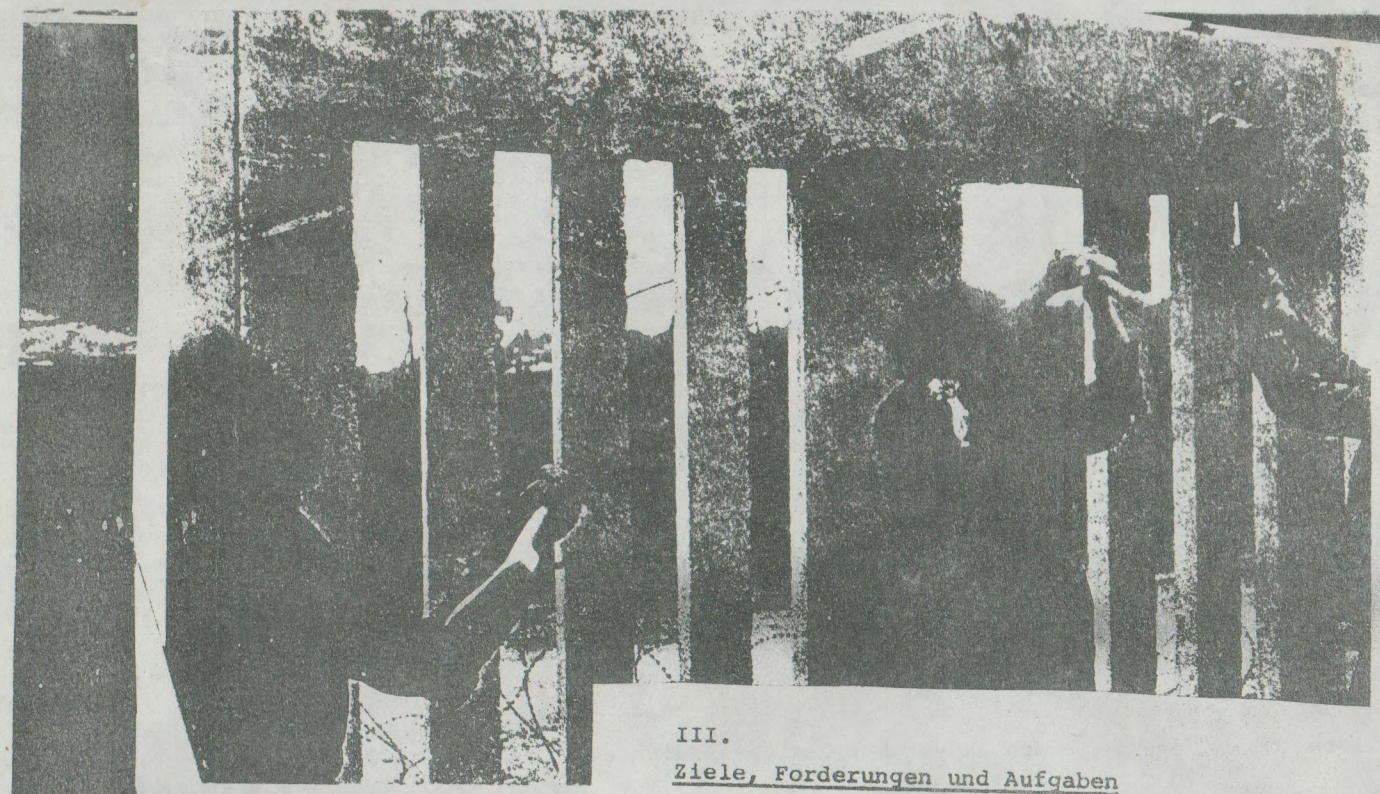
Startbahn 18 West - Symbol für Widerstand

Der Widerstand gegen die 18 West hatte einen Umfang,der für eine Bürgerbewegung gegen ein Großprojekt erstmalig war. Das gilt sowohl für die Verschiedenheit der sich Beteiligenden, die Formen des Widerstandes, als auch für deren dauer. Die Erfahrungen und Strukturen wirkten sich, als die Volkszählung anstand, positiv aus. Auch auf die Durchsetzung neuer Großprojekte in der ganzen Bundesrepublik hatten sie einen Einfluß, da die Gegenseite einkalkulieren mußte, daß es zu vergleichbaren Komplikationen kommen würde. (Wyhl, Flughafen Hamburg, WAA Nordhessen ect.)

Die Auseinandersetzung um die Startbahn sind aber auch ein Symbol dafür, wie der Staat bei der Durchsetzung seiner (oder anderer, die er vertritt) Interessen verfährt, mit welcher Rücksichtslosigkeit er die Kontrahenten einzuschüchtern und deren Exsistens zu vernichten sucht.
Es wird darüber hinaus deutlich, daß trotz dem unserer Aktivität kein Abbruch geleistet wird.

Das Verhältnis der Bürger zur parlamentarischen Demokratie drückt sich jedoch auch in einer anderen Art aus: dem Umgang mit ungesetzlichem Widerstand. Auf diesem Gebiet ist eine Entwicklung im Laufe der Sonntagsspaziergänge festzustellen, die eine Emanzipation von der sehr engen gesetzlichen Zwangsjacke, eine deutliche Ablehnung von fast trationeller Obrigkeitshörigkeit bedeutet. Einer Weiterentwicklung und Ausweitung dieser Emanzipation, auch auf die alltäglichen Bereiche bezogen, steht der enorme Druck der Verhältnise, unter denen wir leben, entgegen. Diese Widersprüche brechen durch das tägliche politische Geschehen stets von Neuem auf.





III.

Ziele, Forderungen und Aufgaben

HAUPTFORDERUNGEN:

- Weg mit der Startbahn 18 West
- Wiederaufforstung
- Totales Nachtflugverbot von 22Uhr - 6 Uhr
- Schließung der Air Base
- Aufhebung aller Strafverfahren

NÄCHSTLIEGENDE AKTIVITÄTEN

1. Drastische ausweitungen der Schallschutzmaßnahmen
2. Verbesserung des Lärmmeßsystems durch mehr Meßstellen und Einbeziehung der einzelschallpegel und ihrer Häufigkeit, sowie Veröffentlichung der Meßwerte.
3. Verlagerung der Zuständigkeit der Lärmmessung von der FAG zur Landesanstalt für Umwelt
4. Optimierung der Abflugwege für das Parallelbahnsystems durch Verbesserung des Funkfeuers.
5. Entscheidende Maßnahmen zum Schutz von Boden und Grundwasser
6. Keine weitere flächenmäßige Ausdehnung des zivilen und militärischen Flughafengeländes.
7. Eindämmung des unkontrollierten Verkehrswachstums des Flughafens durch verkehrslenkende Maßnahmen (Kooperation mit der Bundesbahn)
8. Verbot des privaten Flugverkehrs
9. Verlagerung der Zuständigkeit für Lärmfragen vom Wirtschafts- in das Umweltministerium.
10. Schließung des Flughafens Erbenheim
11. Veröffentlichung der Ergebnisse des forsthydrologischen Beweissicherungsprogramms an der Startbahn 18 West.

....

ORGANISATION

Im Wesentlichen halten wir es für ausreichend, die bestehenden Strukturen beizubehalten. Eine weitere Arbeit setzt neue inhaltliche Vorgaben voraus. Die inhaltliche Arbeit bestimmt die Organisationsformen und deren Strukturen.

Eine der großen Streitfragen in der Startbahnbewegung, und über sie hinaus ist die "Gewaltfrage". Um diese Diskusion weiterzuführen, und sie einer Klärung zu unterziehen, folgende Thesen:

1.These:
Zu Beginn der Auseinandersetzung war klar, daß der Widerstand gegen dieses Projekt gewaltfrei geführt werden sollte. Die vorherrschende Auffassung bestand darin, je mehr wir seien, desto größer sei auch die Erfolgschance.

2.These:
Die Erfahrungen nach den Ereignissen 1980 auf dem 7 ha. Gelände führten zu einer stärkeren Betonung des aktiven Widerstandes: dem Ausbau des Hüttendorfes. Schwerpunkt sollte die Präsenz vor Ort sein.

3.These:
Die Losung vom aktiven aber gewaltfreien Widerstand ist eine Kompromißformel zwischen gemäßigten politischen Kräften und solchen, die schon in Auseinandersetzungen mit den staatlichen Organen standen. Es ermöglichte diese beiden Hauptgruppen zu vereinen.

4.These:
Die Losung vom gewaltfreien Widerstand barg eine Illusion, nämlich, daß der Staat sich von politischen, ökonomischen oder ökologischen Argumenten überzeugen lassen würde. ... dem Augenblick, als die hessische Landesregierung aber die militärische Lösung des Konflikts durchführte, wurde die Basis des gewaltfreien Widerstandes untergraben und unmöglich gemacht.

5.These:
Die Losung vom aktiven Widerstand darf nicht mit Gewalt verwechselt werden. Unter Gewalt sollten wir in der Diskussion festlegen, daß unter diesem Begriff die gegen Menschen gemeint ist.

6.These:
Die Häufung, oder Zunahme von Gegengewalt darf nicht mit einer Zunahme von politischem Bewußtsein verwechselt werden.

7.These:
Oft wird in der Diskussion von den politischen Lagern in einer Dogmatischen Form über das Für und Wider gestritten. Es ist wichtig die "Gewaltfrage" aus taktischer und prinzipiller Sichtweis heraus zu behandeln und daraus keinen Glaubenskrieg zu machen.

8.These:
Das Für und Wider um die Gewalt schafft keine politischen Ziele oder Perspektiven. Gewalt und Gewaltfreiheit sind Mittel zur Durchsetzung von politischen Zielen. Daher müssen wir unsere Ziele erarbeiten und uns eindeutig zu diesen Fragen verhalten.

9.These:
Nicht der Zweck heiligt die Mittel, sondern der Rahmen, in welchem wir uns mit unserem Widerstand bewegen, muß ganz klar abgesteckt werden. Eine Widerstandsform darf niemals als Allheilmittel verabreicht werden oder zu einem Dogma erhoben werden.

- Nur tote Fische schwimmen mit dem Strom,
- lebendige dagegen!

Überlegungen zu einer radikalen Politik an der STARTBAHN

Der Text wertet eine Diskussion aus, die anschließend an ein gemeinsames Kuchenessen stattgefunden hat. Wir hatten uns vorgenommen, etwas grundsätzlicher über radikale Politik, gemachte Erfahrungen, Entwicklungen und Perspektiven an der Startbahn West zu reden.
Wir zeigen hier eine Position auf, wie sie sich uns im Moment darstellt, aber sicherlich bei vielen Widerspruch auslösen wird. Vielleicht gibt es ja mal Erwiderungen oder Ergänzungen?!

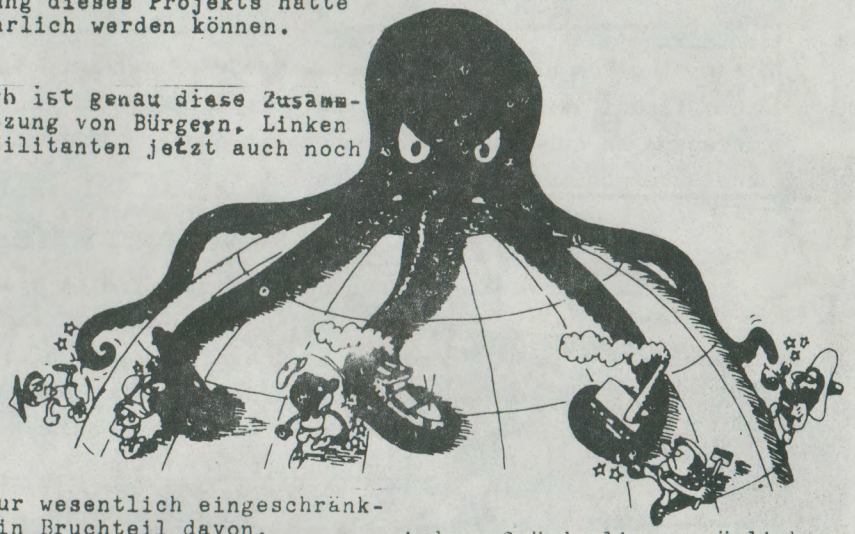
Wir haben uns alle, wenn auch in unterschiedlichem Ausmaß an den Auseinandersetzungen um den Bau der Startbahn West beteiligt und sehen, ausgelöst durch den Beginn einer neuen Etappe im Widerstand nach der Durchsetzung eines Großprojekts wie der Startbahn, viele Fragen auf uns zukommen, deren Beantwortung die Zukunft unserer politischen Haltung auch in anderen gesellschaftlichen Bereichen außer der Startbahn mitbeeinflussen wird. Natürlich ist unsere Einschätzung der Entwicklungen in der Startbahn-Politik auch erstmal nur auf diese Region bezogen, es lassen sich aber Parallelen ziehen zu anderen Großprojekten wie Grohnde, Gorleben, Whyl usw., wo sich imperialistische Kapitalinteressen hier in der Metropole auswirken.

Eine der Fragen, die wir uns stellten war die, ob die Startbahn und der sich dagegen richtende Widerstand auch in Zukunft Symbol bleiben wird für eine besondere Symbiose aus Bürgerprotest und Antistaatlichkeit (wonach sich auch das Ausmaß des Einsatzes und Energie richten wird, den viele von uns bereit sind in zukünftige Auseinandersetzungen gegen die Startbahn zu stecken),
oder ob sich das Unternehmen Startbahn West einreihen wird in eine Unzahl von kapitalist. Projekten, Militärcamps, Betonsilos, Sklavenhalter-Einrichtungen/Fabriken, Knästen, Psychiatrien usw., wogegen sich oft

nur ein zäher, mühsamer, oft isolierter Kampf richtet, ohne jemals auch nur in Ansätzen die Machtfrage hätte stellen können.

Wir beantworteten die Frage mit einem relativ optimistischen Bild im Kopf.
Selbstverständlich sind die " Hochzeiten" der Startbahn vorbei, wo die Größe der Bewegung und ihre besondere Zusammensetzung eine Sprengkraft hatten die dem Staat und der Durchführung dieses Projekts hätte gefährlich werden können.

Jedoch ist genau diese Zusammensetzung von Bürgern, Linken und Militanten jetzt auch noch



da, nur wesentlich eingeschränkter, ein Bruchteil davon.

Nach wie vor sind fast alle Gruppen die gleichen geblieben. Wer weggefallen ist mit ihrem Organisationsapparat und Funktionären, sind die großen Parteien, Gewerkschaften und z.T. die Kirche.

Sie machten einen Großteil der Masse aus, deren Beweggrund, auszusteigen unserer Meinung nach zum Großteil in der Abwieglerpolitik ihrer Funktionäre zu suchen ist.

Was uns mehr interessiert, und wo wir auch Widersprüche in unserer Politik sehen, ist der Wegfall einer Unzahl von Einzelpersonen und Unorganisierter und gerade diese Menge an Menschen machte den Widerstand in den Hochzeiten der Kämpfe aus.

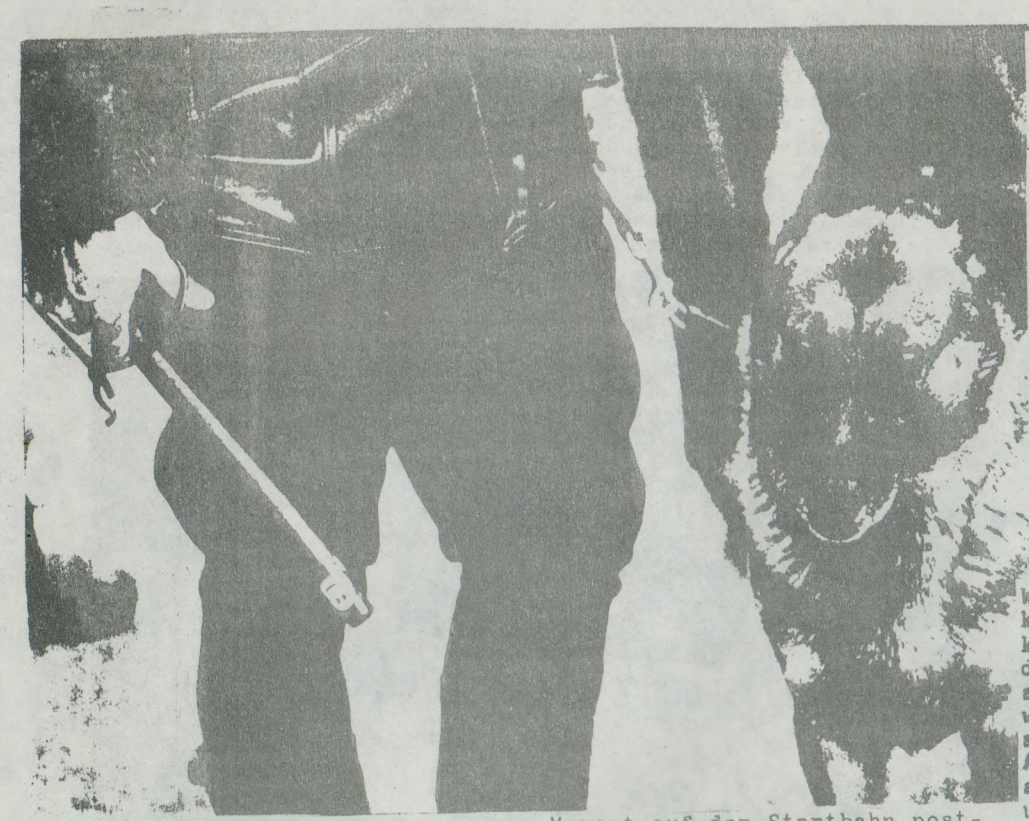
Das es natürlich viele Leute gab, die, als der Widerstand schärfer wurde, wegen ihrer staatsloyalen Haltung, eine Konfrontation mit Bullen und Staatsgewalt nicht wollten, ist klar.

Die Gründe aber bei denjenigen Leuten, bei denen wir ein Politikverständnis verbunden mit einer ehrlichen Betroffenheit voraussetzen, erahnen wir höchstens in den Widersprüchen/Auseinanderklaffen zwischen der alltäglichen Realität einerseits, der wir uns alle mehr oder weniger beugen müssen,-- und einem politischen Widerstand, der oftmals eher Feierabendcharakter hat, andererseits. Für uns selbst existieren solche Widersprüche auch, und wir werden ihnen irgentwann nicht mehr ausweichen können.

Andere Gründe liegen möglicherweise in dem Gefühl, sich nicht mehr genügend in die immer größer und unüberschaubarer gewordenen Zusammenhänge, Veranstaltungen und Treffen einbringen zu können.
Für diese Gründe sollten wir uns interessieren, sie aufarbeiten und berücksichtigen.

Nichts desto trotz hat die Startbahn eine Geschichte, in der viele Menschen an den Auseinandersetzungen teil hatten, in der so viele Politisierungen stattgefunden haben; es werden Ereignisse, die an der Startbahn laufen, nicht übergangen, beim Zeitung lesen nicht überlesen, werden Ereignisse eben in ihrem Kontext zu ihrer Geschichte gesehen.
Wenigstens dadurch unterscheidet sich die Startbahn grundlegend von den anderen aufgezählten Projekten.

Ein anderer Aspekt sind auch die Strukturen, die sich über die Startbahn herausgebildet haben, die auch für andere Projekte genutzt werden können. Es gibt im Rhein-Main-Gebiet keine vergleichbaren Strukturen wie die Startbahn-Zusammenhänge, wo in so kurzer Zeit so viele Menschen informiert und mobilisiert werden können.



Die Frage, ob Symbol für kontinuierlichen Widerstand oder Symbol für das Scheitern eines politischen Kampfes, beantworten wir auch durch den Hinweis auf den sich noch bis zum heutigen Tag durchziehenden lebhaften roten Faden von vielfältigen Aktionen, von Sonntagsspaziergängen bis Mastaktion.

Wenn uns klar ist, daß der Staat nicht unbesiegbar, aber ein mächtiger Gegner ist, dann ist dadurch, daß wir die Fertigstellung der Startbahn nicht verhindern konnten, kein Grund da zu resignieren, sondern ist das ein Grund, uns ein realistischeres Bild zu verschaffen, in dem wir auch weiterkämpfen, wenn wir die ganz großen Ziele nicht erreichen.
Es steht an, daß wir uns realistische Ziele stecken, die aufzeigen, daß Widerstand machbar und sinnvoll ist.

Übertragen auf die Startbahn heißt das, daß für die Zukunft überlegt werden muß, was an Aktionen möglich ist, auf welche Personengruppen sich die Aktionen stützen, ob man die bisherigen Organisationsstrukturen beibehalten will.

Was die praktischen Aktivitäten angeht, so liegt es am nächsten, daß die Sonntagsspaziergänge weitergehen müssen, daß weiterhin an der Mauer eine Öffentlichkeit hergestellt wird, daß keine Ruhe einkehren wird.
Allerdings ist damit zu rechnen, daß das Gebiet um die Startbahn zur Sicherheitszone wegen Gefährdung des Luftverkehrs erklärt wird, da durch die im Moment auf der Startbahn postierten Bullen, Wasserwerfer, Hubschrauber, Hütten usw. weg müssen. Es wäre ja auch undenkbar, daß Flugzeuge Sonntags die Startbahn entlangrollen, während Startbahngegner die Mauer angreifen.

Ebenso müssen die Lichtmaste weg und wenigstens auf der Südseite die Beton-Mauer durch Maschendraht ersetzt werden.
Ein naheliegendes Ziel wäre also bei der Deklaration zur Sperrzone, einem so verhängten Demonstrationsverbot an der Startbahn etwas entgegen zu setzen.
Es muß garantiert sein, daß weiterhin direkt von dem Gebiet aus in vielfältiger Art und Weise Aktionen laufen können, die klarmachen, daß wir uns nie mit der Existenz der Startbahn abfinden werden.

Eine andere Ebene wären Überlegungen zu Behinderungsaktionen, die dann einen Eingriff in den Flugverkehr bedeuten würden, wie z.B. große Laubfeuer in der Flugschneise.
Spätestens dann stellt sich auch die Frage, wie so etwas öffentlich laufen soll, was äußerst gefährlich für die Beteiligten wäre. Denn wo der Widerstand nicht mehr an der Mauer im Griff gehalten, im kontrollierbaren Rahmen gehalten wird, werden die Bullen äußerst nervös werden.
Wir können nicht sagen, ob solche Aktionen propagiert werden sollten, auch deswegen, weil eine Verantwortung gegenüber solchen Leuten da ist, die sich über die Konsequenzen nicht bewußt sind. Hier wäre mit einer enormen Kriminalisierung zu rechnen und schon aus dieser Sicht heraus jeder einzelne Schritt zu überlegen.
Auf jeden Fall hat sich aus allen Ecken Widerstand angekündigt. Und es gilt als oberste Prämisse, diese verschiedenen Strömungen und Ansätze zusammenzufassen und eine Spaltung in ein radikales und ein bürgerliches Lager unbedingt zu vermeiden, unterschiedliche Meinungen müssen nebeneinander und gemeinsam existieren dürfen, es darf kein Keil zwischen Lang- und Grauhaarige getrieben werden.
Wir haben es als eine gegenseitige Bedingtheit erkannt, daß ohne die Bürger die Linken keine Chance hätten, sich im Wald frei zu bewegen, und umgekehrt die Bürger ohne die Linken kaum noch in den Wald gehen würden. Das hat natürlich zum Teil sehr irrationale Gründe, weswegen die Linken diesen mobilisierenden Effekt haben.
Aber dieses bunte Völkchen, dieser ulkige Gegensatz von Punks und Bürgern, die immer neuen Auseinandersetzungen, all das hat schon seine Anziehungskraft.
Was die Sonntagsspaziergänge über die lange Zeit möglich gemacht hat, ist wahrscheinlich keine politische Entscheidung jedes Bürgers gewesen, weiter Widerstand zu leisten.
Sondern eher ein Gefühl, daß immer ein bißchen Leben abgeht, daß es da Spaß und Kommunikation gibt und vielleicht auch: man steht auf der richtigen Seite.
An der Startbahn wird uns eine große Offenheit entgegengebracht, die ein nebeneinander von den verschiedensten Vorstellungen von Leben erst möglich machen.
Und das ist eine tolle Erfahrung.

In dem Zusammenhang ist es vielleicht ganz interessant, nochmal was grundsätzliches über unser Verhältnis zum Bürger zu sagen.
Wir haben nicht das Denken über ihn, er wäre ein nützlicher Idiot. Es geht nicht an, sich lediglich an taktischen Fragen zu orientieren und dabei eine ungeheure Arroganz an den Tag zu legen.
Sondern es gilt ein echtes Gefühl zu entwickeln, das aus einer Einstellung her rührt, daß sich auch hinter einem Lodenmantel sehr liebenswerte Züge, ein cleverer Kopf und eine enorme Portion Zivilcourage verbergen kann, wovon sich so mancher Autonome eine Scheibe von abschneiden könnte.

Es erübrigt sich zu sagen, daß gesellschaftliche Veränderungen nur mit vielen laufen.

Zurück zu unserer Rolle im Widerstand gegen die Startbahn.

Während große Teile der Bürgerbewegung über das Volksbegehren und die Grünen über dem parlamentarischen Weg eine Verhinderung der Startbahn zu erreichen versuchten, vertraten wir als radikaler Teil die Position von Besetzungen, Blockaden und direkten Aktionen.

In einer Einschätzung über die Verhältnisse in der Startbahnregion stellten wir die Behauptung auf, daß Basis und politisches Niveau eine andere sind, als z.B. im Baskenland, wo im Kampf gegen das AKW bewaffnete Aktionen(Sprengung des Baus, Erschießung der leit. Ingenieure) laufen konnten, die von der Bevölkerung unterstützt oder zumindest gedeckt wurden, sodaß wirklich die Machtfrage gestellt werden konnte und der Bau verhindert wurde.

So konnten wir während diesem ganzen Meinungsbildungsprozeß zeigen, daß z.B. die Verlegung der Trasse und das Aufstellen der Strommasten nur dann effektiv behindert werden kann, wenn eben diese Maste immer wieder angesägt werden oder umfallen, daß Bagger oder LKWs nicht einsatzfähig sind, wenn ihre Reifen kaputt sind oder Zucker im Tank ist.

Bei der Diskussion solcher Aktionen ist uns klargeworden, daß auch hier an der Startbann alle militanten Aktionen in den existierenden BI- und Widerstandsrahmen eingebunden sein müssen, direkt nachvollziehbar oder besser noch mitmachbar sein müssen.
Wir meinen, daß es von großer Wichtigkeit ist, daß die Diskrepanzen vom Protestdenken hin zum Verstehen von militanten Aktionen und Sabotage nicht zu groß sind, daß man sich immer wieder ein Feedback holen muß, damit eine Vermittlung gelingt.
Denn nur wenn die Aktionen verstanden werden und nachvollziehbar sind, sind sie relevant und verkommen nicht zum Selbstzweck.

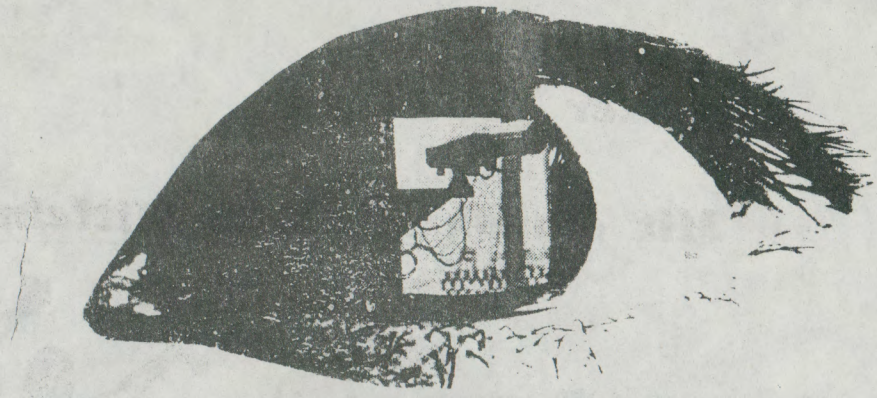
Die Basis, wo ein solcher Kampf akzeptiert und von der Masse gedeckt wird, und nur so läßt sich eine solche Politik machen, sehen wir hier erstmal nicht. Die Ausdehnung der Aktionen auf eine Militanz wie bisherher ist in vielen kleinen Schritten passiert; eine solche Entwicklung kann nicht übersprungen werden und ist ein zäher Kampf mit vielen Auseinandersetzungen. Genauso kann von den Militanten eine bestimmte Entwicklung nicht ausgelassen werden, wenn sie noch ihr Herz ganz nah beim Volk schlagen haben wollen.

Es gab Zeiten, wo die Bullen keine unangemeldete Demo oder Kundgebung zerschlagen konnten, als die Zivis frech wurden ihr Auto kaputtging, sie sich nicht frei bewegen konnten. Und in dieser Stimmung vielleicht konnten etliche Aktionen noch am ehesten nachvollzogen werden. Da gilt es anzusetzen und feinfühlig eine Militanz zu steigern und möglichst wenig Leute/ Breite dabei zu verlieren.

Vermittlung gelingt dann oder ist dann am einfachsten, wenn in Aktionen direkt genau das Objekt lahmgelegt wird, wogegen sich der Widerstand richtet, aber sind dann schwerer zu vermitteln, wenn über erklärende Mittel, die verzerrt werden können, ein Bezug erst hergestellt werden muß, wie das bei dem Angriff auf Träger des Systems, (wie z.B. Karry,) der Fall ist.(Wobei Vermittlung da prinzipiell auch möglich sein kann). Eine zusätzliche Schwierigkeit ist, daß solche Aktionen auch aus humanitären Gründen die Akzeptanz vieler Bürger und auch Linker überschreitet, deren politische Entwicklung und Einstellung uns nicht egal ist. Aber da ist auch schon einige Selbstkritik gekommen.

Wir sehen nochmal Angriffe gegen die Zentralen der Macht, wie sie gegen Firmensitze oder

gegen das Wirtschaftsministerium gelaufen sind, gesondert an. Diese Aktionen sind in sich richtig, unsere Kritik richtet sich gegen die Art der Vermittlung oder inwieweit Aktionen verstanden werden können, wenn man sich auf ein paar mehr Leute als auf die paar handvoll Militanter beziehen will.
Wir selbst akzeptieren diese Aktionen als Erweiterung in der Vielfalt des Widerstands, stoßen aber im Gespräch mit den Bürgern oft auf unverständnis und Distanzierung.



Konsequent weitergesponnen hätten jedoch Aktionen wie die der RZ die Machtfrage stellen können, wenn das massenhaft gelaufen wäre, denn wenn alles in Schutt und Asche fällt, was irgentwie mit der Startbahn zu tun hat, würden sich die Herrschenden überlegen, ob sie das Projekt noch für durchführbar halten. Wobei das Niveau der Startbahn-Militanten ein anderes ist, als das der RZ und das Niveau der mittragenden BI und Bürger ebenso.(siehe Beisp. Saarland)
Die Aktionen bauen auf Wunschvorstellungen auf, nicht auf der Realität wie wir sie sehen, was nicht dagegen spricht, daß solche Aktionen nicht auch ab und zu gemacht werden.

Eine andere Realität ist, daß Kleingruppentaktik für die große Masse keine Perspektive ist. Wenn es für Teile der Linken eine ist, dann in Verbindung mit den Massen, die den gesamten Widerstand tragen.
Wir müssen darauf achten, daß mit einer möglichst großen Breite eine möglichst hohe Militanz erreicht wird.

Am Schluß noch was, wie die Stimmung unter den Aktiven aus den Städten ist.
Von einigen Leuten wissen wir, daß der zähe, ausdauernde Einsatz ziemlich an den Kräften zehrt, sich auch eine gewisse Routine eingestellt hat, die Stimmung, was die Perspektiven angeht fast schon ein bißchen depressiv ist.
Es war nicht einfach, sich immer wieder die Kraft zu nehmen um den Widerstand mit Leben, daß Spaß macht zu füllen und nicht nachdem die erste Power weg war auf den nächsten Zug zu springen.

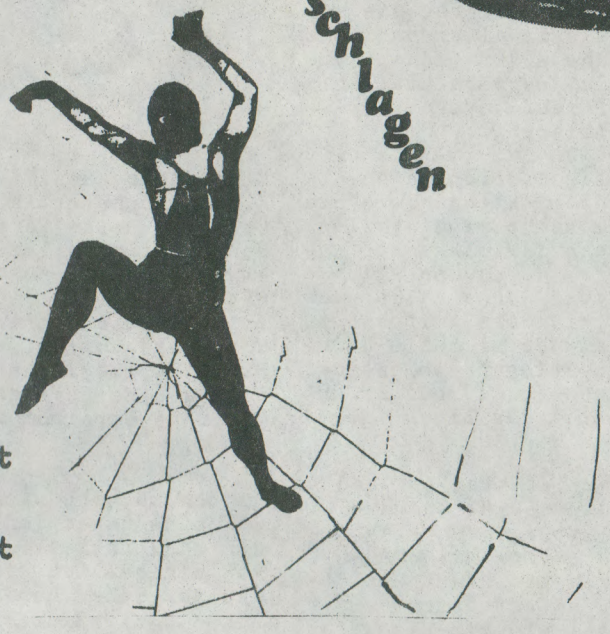
Auch hat die Startbahn viele Energien aus den Initiativen der Städte abgezogen, was auf Kosten kommunalen Engagements ging. Die Tendenz ist wieder rückläufig.

Es wäre wichtig, solche Gefühle wie oben zuzulassen, darüber zu reden, um Widersprüche und Schwierigkeiten aufzuarbeiten und neue Überlegungen einzubeziehen.

STARTBAHNGEGNER

Mainzer Prozesse:

Mit demokratischen Mitteln geschlagen



Im Februar 1984 wurden wir, Michael und Michael aus Mainz, von der 4. großen Strafkammer des Landgerichts Mainz unter Rudolf Hilt zu 14 Monaten Knast ohne Bewährung verurteilt.
Der Vorwurf:
"Ausüben der tatsächlichen Gewalt über zwei Brandsätze"; konkret: wir waren nachts mit je einer mit Benzin gefüllten Flasche auf der Straße festgenommen worden. (Verstoß gegen das Waffengesetz).
Das Urteil ist noch nicht rechtskräftig.

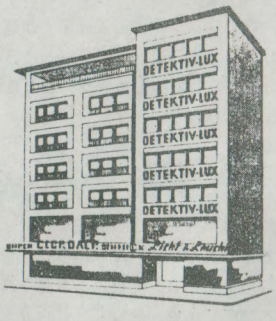
Im Februar 1984 wurden drei Männer, ein Manager aus Andernach, ein Kaufmann aus Lübeck und ein Ex-Diplomat von den Philippinen, von der 4. großen Strafkammer des Landgerichts Koblenz unter Theo Alsbach zu 15 bzw. 18 bzw. 24 Monaten Knast, jeweils mit Bewährung, verurteilt.
Der Vorwurf:
Planung und Vermittlung eines Waffengeschäfts nach Saudi-Arabien; konkret: für ca. 30 Millionen Us-Dollar wollten sie dorthin 10.000 Sturmgewehre, 10.000 Maschinengewehre und 95 Millionen Schuß Munition liefern. (Verstoß gegen das Waffengesetz und das Kriegswaffenkontrollgesetz)
Das Urteil ist rechtskräftig, da alle auf Rechtsmittel verzichtet haben.

Vielleicht schreiben wir bald noch mal mehr zu dem Prozeß.

Michael und Michael

„Der Rechts-Staat muss Heil bleiben!"

DETEKTIV-LUX
DEUTSCHLAND GMBH



Ermittlungen und Beobachtungen zum: Wettbewerbs-, Warenzeichen-, Patent-, Presserecht. Ehe- und Familienrecht. Betriebs- und Unternehmensberatung. Abwehr von Abhör- u. Lauschangriffen.

Detektive heutiger Prägung sind hochqualifizierte Spezialisten, die zum festen Bestandteil unserer Gesellschaft und unserer Rechtspflege gehören. Ihre Tätigkeit ist weit gespannt. Sie reicht von der Ermittlung innerhalb einer zivilrechtlichen Interessenlage, über die Aufklärung wirtschafts- und wettbewerbsberechtigter Sachverhalte bis zur Hilfe für den Geschädigten bei strafrechtlichen Tatbeständen.

mac detektiv is watching YOU!

Zum Thema: Unberechtigte Krankmeldungen Ihres Personals

WEIL ES DEN CHEFS ZU TEUER WIRD

In dem großen Frankfurter Chemie-Werk merkte niemand, daß zwei Putzerkolonnen seit Monaten regelmäßig unterbesetzt waren: Von 16 Mann feierten abwechselnd immer acht krank — bis ein anonymer Brief kam: „Ihre Arbeiter mauern schwarz".

Tatsächlich, morgens um 8 Uhr trafen sich die „Schein"-Kranken im Main-Taunus-Zentrum, stiegen in einen Ford-Kombi und fuhren auf eine Baustelle nach Idstein. Was die acht erst bei der fristlosen Kündigung erfuhren: Ein dunkler BMW hatte sie drei Tage lang unauffällig verfolgt. Unser Detektiv-Sachbearbeiter fotografierte mit einem Teleobjektiv jeden Schritt der Krankmacher. Er bewies: Die Kolonne hatte in Rekordzeit 20 Wohnungen gebaut — schwarz natürlich.

Schwieriger war es bei einem Lackierer, der im letzten Jahr fünf Monate krank feierte. Er renovierte ein Hotel. Der Detektiv verschaffte sich Eintritt als Makler und fotografierte das Kaufobjekt — natürlich auch den Maler bei der Arbeit.

Als Arbeitssuchender stellte sich einer unserer Detektive bei einer Wäscherei vor und erwischte dabei den Prokuristen einer Elektrofirma, der sich regelmäßig zum Monatsende krank schreiben ließ, um die Lohnbuchhaltung des Familienbetriebes zu machen.

Immer mehr Chefs zweifeln an den gelben Arbeitsunfähigkeitsbescheinigungen der Kassenärzte. Immerhin sind in Frankfurt rund 20.000 Arbeitnehmer krankgeschrieben. Die Firmen beauftragen Detektive, um den „Gelblingen" auf die Spur zu kommen.

Die Hälfte unserer Mitarbeiter jagt ständig hinter „Schein"-Kranken her und bei jedem zweiten werden sie fündig. Die Kosten: DM 400,- Grund-Honorar und DM 98,-pro Detektiv-Sachbearbeiter-Stunde — plus Spesen.

„Teuer" wird das meist nur für den Schwarzarbeiter. Er verliert seinen Job, eine Abfindung und sogar unsere Rechnung kann der Arbeitgeber bei ihm einklagen.

abgehört · Geheimnisverrat durch Ihre Mitarbeiter · Unlautere Methoden Ihrer Konkurrenz · Der graue Markt — unlautere Vertriebsarten · unberechtigte Krankmeldungen Ihres Personals.

Zeil 44 · Frankfurt am Main

(0611) 20411

Praktische Tips für den modernen MENSCHEN der SCENE

Hier ein Artikel, der in der Form wie er hier beschrieben ist leider nur auf Fiesbaden + Mainz anwendbar ist, trotzdem aber als Anregung für andere Menschen dienen sollte, das Fälschen für alle weiter zu entwickeln und zu verfeinern. Um die alltägliche Kleinkriminalität auszuweiten könnte mensch z.B. eine Liste anlegen, in der aufgeführt wird wo mensch am besten was klauen kann, wie die Ladendetektive aussehen etc.. Entsprechende Erfahrungen könnten an die "Krasse Zeiten" geschickt , dort gesammelt und veröffentlicht werden.
REVOLTE muß gelebt werden !!!

So,nun zu meinem Schwarzfahren ohne Risiko. Das mensch die Stempel aus den Musmärkchen mit Javel la Croix entfernen kann, ist allseits bekannt. Leider auch bei den Kontros. Außerdem ist die Ausfallquote verdammt hoch und die schwarzen Stempel machen einem auch zu schaffen. Hier die bessere Methode mit weniger Arbeit und Risiko. Als erstes benötigt Mensch einen "Antrag zur Erlangung einer Metzkarte für Schüler, Studenten und Azubis", den gibt's für 20 Pf am Bahnhof. Er besteht aus zwei Teilen. Teil 1 ist der Antrag, Teil 2 die "Bescheinigung zur Benutzung der Stadtwerke Mainz AG und der Stadtwerke Wiesbaden AG mit Netzkarten für Schüler, Studenten und Auszubildende".
Diese beiden Teile müßt ihr nun selbst ausfüllen (Name, Vorname, Straße,Wohnort,Gebutsdatum). Die Schule, Uni oder Ausbildungsstelle muß bestätigen, daß und bis wann ihr da beschäftigt seid und nen Stempel draufdrücken. Seit ihr weder Studis noch Azubis, laßt euch das Ding von einem/r Freund/in ausfüllen (mit Füller!) und abstempeln. Mit dem ausgefüllten und abgestempelten Antrag latscht nun die Person, deren Name drinsteht, nochmal zum Bahnhof, wo die ESWE-Heinzels das alles überprüfen und ihren Stempfel auch noch reinschmieren.Kauft dann dort gleich ne Netzkarte für ne Mark, sonst müßt ihr nochmal zum Bahnhof hampeln. Jetzt könnt ihr die Bescheinigung v vom Antrag abreißen (da wo's gelocht ist) und macht den"Falschnamen" mit

★★★★★★

einem Tintenkiller weg und trägt den gewünschten Namen mit Kuli ein. Auf der Netzkarte muß natürlich der selbe Name wie auf der Bescheinigung stehen, außerdem muß ein Foto drauf. Jetzt braucht ihr jemand, der schon länger ne "echte" Netzkarte hat und euch die alten Monatsmärkchen schenkt oder ihr kauft euch ne neue. Kostet allerdings 43,-- DM und es ist nicht 100 % das der Stempel rausgeht. Deshalb erst in Wasser zum lösen legen und trocknen lassen. Das teuerste müßt ihr jetzt noch kaufen, nämlich den Stempel, der identisch mit den ESWE-Stempeln ist. Es ist ein "Datumsstempel" in feinvernickelter Ausführung von TRODAT und hat die Bestellnummer 1030. Kostet ca. 20,--DM
Stepelkissen müßt ihr auch noch zocken, am besten schwarz (nicht wegen der Gedanken, sondern weil's sicherer ist). Wenn eure Märkchenquelle schlecht ist, nehmt blau, der geht immer wieder raus und bis jetzt hat auch da noch kein Kontro gemosert. Die alten Märkchen legt

ihr nun in Javel la Croix (Reinigungsmittel, gibt's u.a. in der Parfümerie schräg gegenüber vom Kurier in der Fußgängerzone und kostet etwa 3,-- DM) und wartet bis sich der Stempel aufgelöst hat.

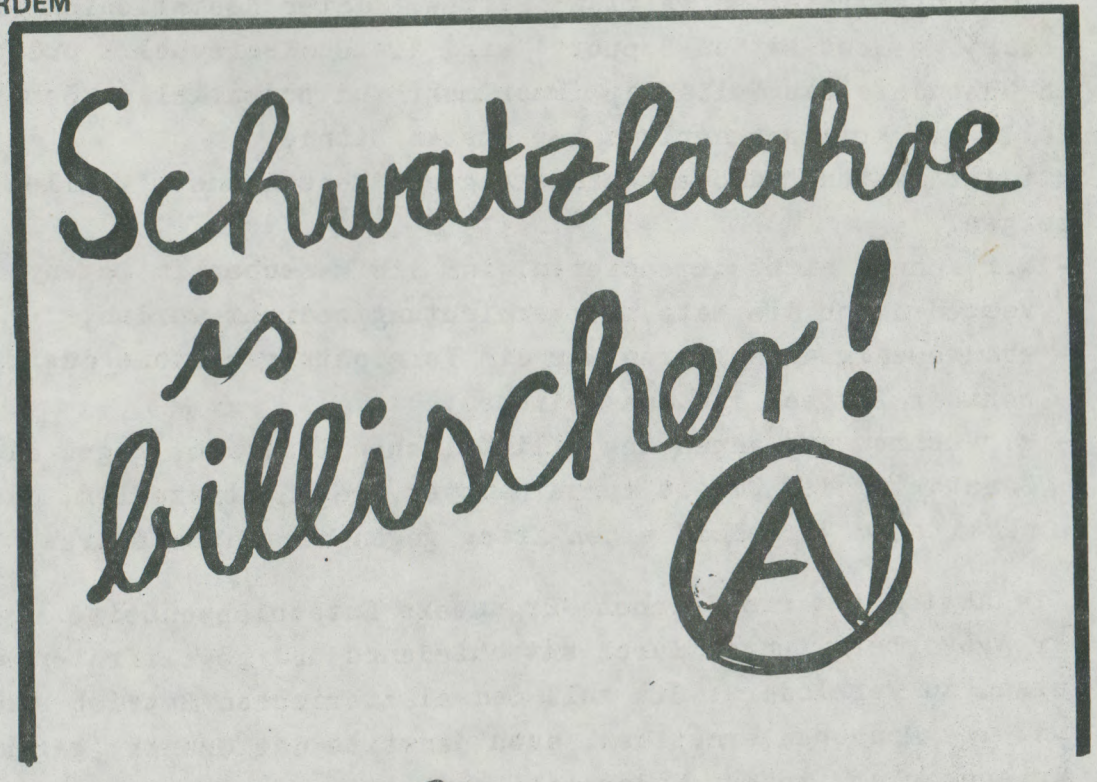
Manchmal geht der Stempel oder die Nummer, die von der Netzkarte übertragen werden muß, nicht ganz raus. Die eigenen Nummer kann man evtl. m mit einem dickeren Stift eintragen und das alte Datum geschickt überstempeln. Nehmt die Märkchen aus ihrem Bad, trocknet sie in weißem Klopapier o.Ä. und bügelt sie etwas wenn sie trocken sind. Endelich ist es soweit, der eigene Stempel wird benutzt. Stellt ihn auf entsprechenden Monat/Jahr ein, legt beim Tagesanzeiger was drunter und stempelt es auf's Märkchen. Wenn die Nummer mit Füller eingetragen wird, geht sie immer wieder weg. Klebt nun die perferkte Fälschung auf die Netzkarte und fertig. Benutzt keine verknorxten Märkchen, wenn die's merken wirds teuer. Bei jeder Busfahrt Netzkarte und Bescheinigung dabeihaben. Außerdem ist die Bescheinigung nur ein Jahr gültig. Dran denken.

SCHWARZFAHREN

ABER SICHER !!!

PS.: Das ganze funktioniert auch mit Wochenmärkchen, allerdings weiß ich nicht wo's den passenden Stempel gibt und einen machen lassen kosten ca 50,-- DM.

UND AUSSERDEM



AKTIONSHERBST '84

MANÖVERBEHINDERUNG UND MENSCHENNETZ IM FULDA GAP

AUFRUF

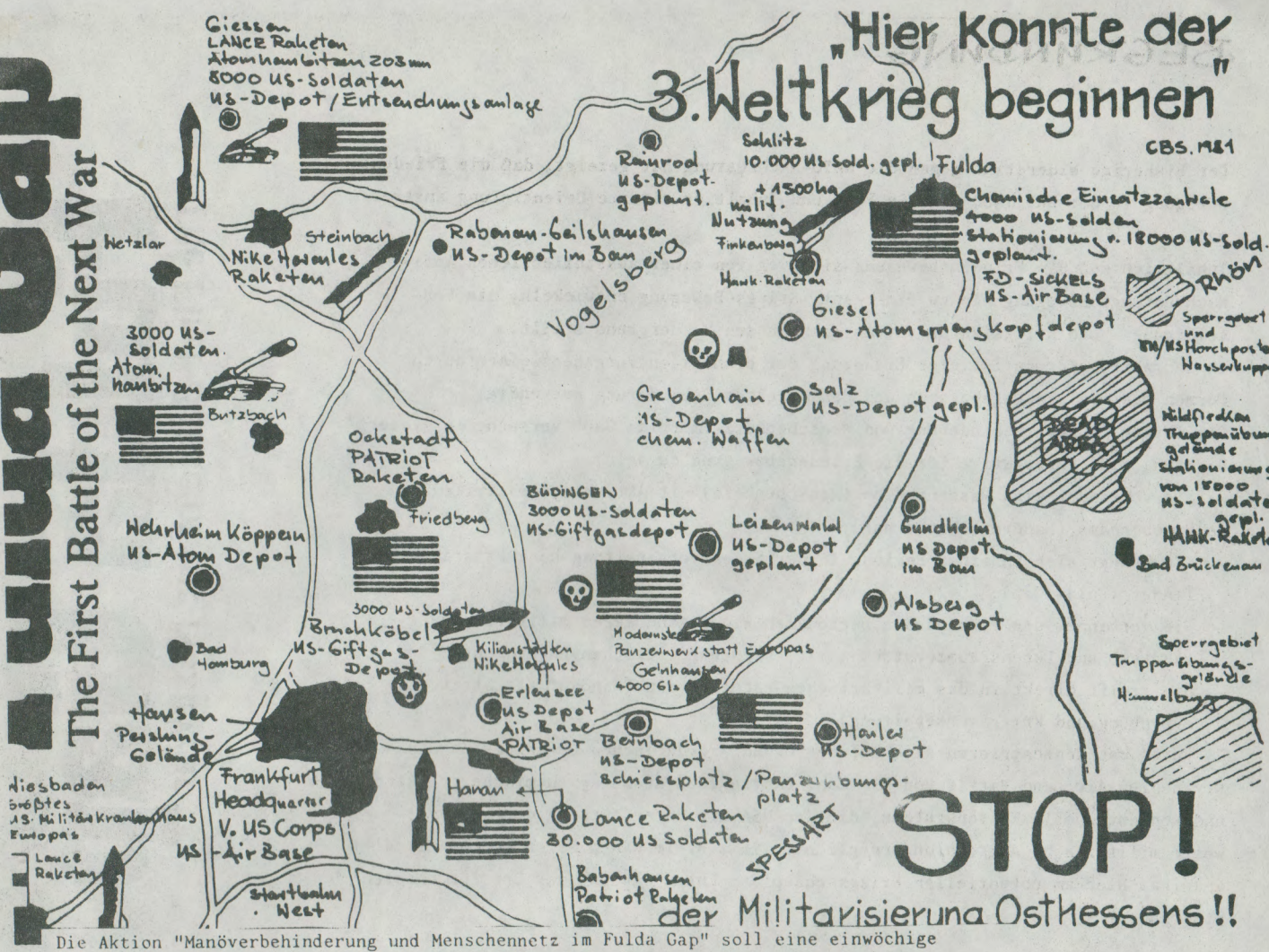
Die Aktion "Manöverbehinderung und Menschennetz im Fulda Gap" richtet sich gegen die Kriegsvorbereitungen der Nato auf dem Boden der Bundesrepublik. Durch die Stationierung neuer US-Präzisionsvernichtungssysteme wie Cruise missiles, Pershing II und Patriot,

- den massenhaften Bau von US-Depots für konventionelle, chemische und atomare Munition
- die geplante grenznahe Verlegung von US-Truppen, insbesondere in den osthessischen Raum
- eine "Verteidigungsstrategie" die den Tod einer ganzen Region bedeutet
- sowie durch die zugrundeliegenden offensiven Nato/US- Kriegsführungsstrategien (Airland Battle, Master Restationing Plan, Wartime Host Nation Support) wird die Bundesrepublik und hier insbesondere das Fulda Gap immer mehr zum potentiellen Schlachtfeld- zum Kriegsschauplatz der ersten Stunde.

Mit der Aktion "Manöverbehinderung und Menschennetz" wollen wir zeigen:

- Wir können nicht akzeptieren, daß die Menschen im Osten und Westen durch die Nato mit Vernichtung bedroht werden;
- ebensowenig akzeptieren wir die Vernichtungssysteme des Warschauer Paktes, die uns bedrohen;
- Wir wehren uns gegen den militärischen Landraub, gegen die Zerstörung der Umwelt durch Manöver, gegen Strategien, die bereits im "Frieden" einen Krieg gegen die Natur führen.

Die Aktion ist ein Zeichen für unsere Entschlossenheit, Angriffskriegsvorbereitungen durch entschiedenen und gewaltfreien Widerstand zu verhindern. Sie soll den militärischen Betrieb stören und die Menschen ermutigen, auch jenseits der Grenze, gegen die Kriegsvorbereitungen Widerstand zu leisten.



Die Aktion "Manöverbehinderung und Menschennetz im Fulda Gap" soll eine einwöchige in sich inhaltlich homogene Aktion sein. Während der Zeit von Montag bis Samstag sollen rund um das Manövergebiet in der Nähe militärischer Einrichtungen in Osthessen Frieden-Camps eingerichtet werden. Aus diesen Camps heraus sollen koordinierte und einzelen Aktionen stattfinden, die so angelegt sein sollen, daß jedermensch sich einklinken kann. Prinzipiell gilt: Gewalt die von Polizei und MP ausgeht, werden wir nicht mit Gegengewalt beantworten, sondern uns dagegen zu schützen versuchen (z.B. Schutzkleidung, Herstellen von Öffentlichkeit). Eine Behinderung der Zivilbevölkerung soll möglichst vermieden werden.

Als Aktionen wären denkbar:

- Ortsschilder verändern
- militärische Markierungen vervielfältigen, entfernen etc.
- Natur-Schutz wahrnehmen
- Blockaden
- militärischen Verkehr behindern, stoppen
- symbolisches Menschensterben u.s.w.

DURCHFÜHRUNG

aber auch Diskussion und Informationsaustausch mit der Bevölkerung, direkte Öffentlichkeitsarbeit aus den Camps heraus, z.B. durch Flugblätter, Plakate etc. Gleichzeitig sollen in dieser Woche Friedens/Kultur bzw. Informationsveranstaltungen durchgeführt werden. Die Camps sollen in direkter Zusammenarbeit mit den örtlichen Friedensinitiativen organsisiert und durchgeführt werden. Informationsaustausch und Koordination sollen durch tägliches Treffen aller Camps an einem zentralen Ort ermöglicht werden.

Sollte ungewöhnlicherweise in diesem Jahr in Osthessen kein Großmanöver stattfinden (meist Mitte bzw. Ende September), schlagen wir alternativ die Totalblockade der militärischen Infrastruktur (Munitionsdepots, Raketenstellungen, Truppenübungsplätze, Air-Base) im Fulda Gap vor.

Die Aktionswoche soll am Samstag mit einem Menschennetz und "Massensterben" im Fulda-Gap abgeschlossen werden. Das Menschennetz soll die Punkte Rasdorf ("Point Alpha", direkt an der Grenze gelegener östlichster Hubschrauberstützpunkt und Beobachtungspunkt), Giesel (US-Atomsprengkopfdepot), Sickels (US-Startbahn, Hubschrauber Air-Base), Finkenberg (US-Raketenstützpunkt, Hawks), Grebenhain (US-Giftgasdepot), Wildflecken (US-Truppenübungsgelände, Schießbahnen, Stationierung von 15 000 US-Soldaten geplant), Bimbach (US-Munitionsdepot) und Fulda (Down Barracks, 11. US-Panzeraufklärungsregiment, Versorgunsdepot, Chemical Detachment) vernetzen. Mit dem Menschennetz soll die Dichte der militärischen Infrastruktur aufgezeigt und bloßgelegt werden. Das Menschennetz wäre zugleich ein Signal das die Menschen in den osteuropäischen Ländern ermutigen soll, gegen die Kriegsvorbereitung der "Supermächte" auf dem Boden Mitteleuropas zu protestieren.

Mit dem "Massensterben" wollen wir die Bedrohung und Bedeutung des potentiellen Schlachtfeldes Fulda Gap herausstellen.

DieAktionswoche soll mit einer zentralen Veranstaltung in Fulda enden.

BEGRÜNDUNG

Der bisherige Widerstand gegen die NATO-Nachrüstung hat gezeigt, daß die Friedensbewegung in der BRD 1984 eine in Form und Inhalt erweiterte Orientierung anstreben muß.

Inhaltlich muß die Friedensbewegung sich weg von einer ausschließlichen Anti-Nachrüstungs-Bewegung hin zu einer Anti-Kriegs-Bewegung entwickeln, die Verteidigungs- und Kriegsführungsstrategien in den Vordergrund stellt.

In den Aktionsformen ist eine Ergänzung der bisherigen Vorgehensweisen durch Formen des zivilen Ungehorsams und der direkten Behinderung notwendig.

Die Aktion "Manöverbehinderung und Menschennetz im Fulda Gap" versucht in dieser Richtung eine Perspektive für die Friedensbewegung zu sein:

- Sie verbindet eine Massenaktion (Menschennetz) mit Aktionen des zivilen Ungehorsams (Manöverbehinderung);
- Sie bewegt sich in einer Region, in der Kriegsvorbereitung konkret stattfindet (Fulda Gap);
- Sie verbindet den vorhandenen regionalen Widerstand gegen militärischen Landraub und Lebensraumzerstörung mit friedenspolitischen Engagement;
- Sie greift direkt in das militärische Geschehen ein (Manöver als Strategieerprobung und Kriegsvorbereitung).

Im Fulda Gap konzentrieren sich auf der Grundlage der neuen US-Kriegsführungsstrategien Air Land Battle und Air Land Battle 2000 atomare, chemische, elektronische und konventionelle Waffensysteme, die der USA mit Unterstützung der BRD weltweite militärische Aggression ermöglicht, wie z.B. im Nahen Osten und in Mittelamerika. Hier am potentiellen Kriegsschauplatz Fulda Gap ist der Ort für unseren Widerstand.

Fulda Gap

The First Battle of the Next War

Das Vorhaben "Manöverbehinderung und Menschennetz im Fulda Gap" wird schon jetzt von den "Osthessischen Friedensinitiativen", der Friedens-AG der Bundes-GRÜNEN, dem "Bundestreffen der unabhängigen Friedensgruppen", dem Friedensausschuß der GRÜNEN-Hessens und dem "Komitee für Grundrechte und Demokratie e.V." getragen bzw. unterstützt.

AKTIONS-HERBST 84 FULDA GAP

Zur weiteren inhaltlichen und organisatorischen Vorbereitung von Manöverbehinderung und Menschennetz findet am 7./8. April in Fulda ein bundesweites Vorbereitungs-/Arbeitstreffen statt.
Die Osthessen schlagen folgende Arbeitsbereiche vor:
- Aktionsformen/-Organisation/- Campstrukturen/- Juristisches/ integriertes Herbstkonzept/ - Öffentlichkeitsarbeit/- Mobilisierung und - inhaltliche Diskussion.
ORT : Fachhochschule Fulda, Marquardstraße 35
ZEIT: 7./8.April, Beginn Samstag 13^{00}Uhr
Schickt eure Unterstützungserklärungen und Anmeldungen für das Treffen bitte an: AG Aktionsherbst '84 Fulda Gap
c/o ABC-Laden, Ohmstr.12 64 Fulda "

viele Grüße

"Wir unterstützen die Aktion "Manöverbehinderung und Menschenetz im Fulda Gap" und rufen zur Teilnahme auf.
Gruppe/Initiative/Organisation/Person:.....

«Deeskalations-Gespräche»

Am 17.5.84 sind Mitglieder der .... nach Stuttgart Degerloch zu den 4. Deeskalationsgesprächen eingeladen.
Auf dem Programm steht diesmal die Unterzeichnung eines Grundlagenpapiers ("Staatsvertrages") zwischen Teilen der Protestbewegung (Hauptsächlich aus dem Bereich Umweltschutz), Teilen der evangelischen Kirche und Vertretern der staatlichen Institutionen..

Wir sind über den Termin weder außerordentlich überrascht noch über das normale Maß hinaus empört. Es ist auch nicht der Zeitpunkt aufzustehen und "Verräter" zu schreien. Diejenigen, die zu dem Treffen eingeladen sind, vertreten solche Absprachen auch öffentlich als richtige Strategie und brauchen von uns nicht erst entlarvt zu werden.
Da sie uns nicht vertreten, können sie uns auch nicht verraten.
Warum wir die folgenden Papiere hier veröffentlichen, hat einen anderen Grund: sie können der Aufhänger für eine längst über fällige und äußerst notwendige Diskussion sein, -die Diskussion und die Analyse, welche Strategie der Staat (und die, deren Interessen er vertritt) im Moment zur Zerschlagung der Protest- und Widerstandsbewegung (oder deren Überreste) anwendet.
Gerade in der Situation, wie sie sich uns heute darstellt, halten wir es für überlebenswichtig, daß eine solche Diskussion nicht nur in Bezug auf bestimmte Aktionen (Sandkasten-Spiele-Typ: Wie werden die Bullen reagieren wenn...), sondern breiter und allgemeiner geführt werden.

Wir schätzen die Situation heute folgendermaßen ein:

1) Die großen Einpunktbewegungen der vergangenen Jahre bestehen in dieser Form nicht mehr:

- in diesen Bewegungen hatten sich sehr unterschiedliche Gruppen zur Verhinderung eines konkreten Zieles zusammengefunden. Die Aktionseinheit ging auf Kosten einer tieferen gemeinsamen politischen Analyse.
- die einzelnen Punkte (Startbahn, Raketen) wurden von der Gegenseite durchgesetzt, nehmen die grundsätzlichen politischen Unterschiede wieder Überhand, die Bewegungen zerfallen in ihre Bestandteile, viele haben aufgehört und resigniert.
- das verändert die Bedingungen für diejenigen, die weiter Widerstand leisten und langfristiger planen mehr und mehr: die Isolation wird größer, der Schutz der Volksmasse fällt weg. Die Einrichtungen, gegen die der Widerstand geleistet werden soll, sind bereits fertiggestellt, das verändert auch den juristischen Sachverhalt: einer härteren Repression sind damit Tür und Tor geöffnet.

2) Die Gegenseite hat sich als lernfähig erwiesen:

- nehmen wir als Vergleich die Startbahn- und die Friedensbewegung: einer der für sie gefährlichsten Punkte an der Startbahn war die Zeit, in der, durch die Repression im Wald eine Annäherung und Solidarität der militanten Teile der Bewegung, mit den Bürgern der Region entstand.
Die Erfahrung, das alle, ob Helm- ob Tirolerhut gleich geprügelt wurden, führte eine Situation herbei, in der immer größere Teile immer militantere Aktionen billigten oder sogar teilnahmen.
In der Friedensbewegung war man sorgsam darauf bedacht, die verschiedenen Fraktionen von vornherein zu spalten. Tage, wie der, an dem in Mutlangen eine Prominentenblockade friedlich durchgeführt und in Bitburg die Blockierer brutal abgeräumt wurden, sind ein deutliches Beispiel dafür.

Allgemein können wir diesen Versuch, die Guten von den Bösen zu trennen, als roten Faden im gesamten "heißen Herbst" (u.a. Kriminalisierungsversuche von Inis gegen Munitransporte, Hochandererseits "Laufenlassen" und starke Zurückhaltung in der Widerstandswoche) finden.
Die Erfahrung, daß bei der Anti-AKW- und in noch stärkerem Maß bei der Startbahnbewegung gerade in dem gemeinsamen Vorgehen (siehe oben) aller Teile der Bewegung die Unberechenbarkeit und damit die Gefährlichkeit lag, hat die Gegenseite wesentlich besser verarbeitet als wir.

3) Die kommenden Auseinandersetzungen werden härter werden.

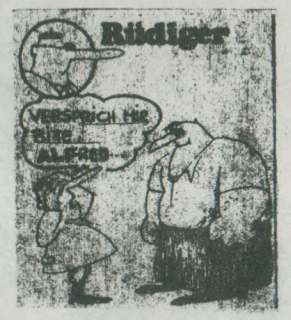
Trotz Zweckoptimismus der Größen aus Politik und Wirtschaft wird sich die ökonomische Situation in den nächsten Jahren zunehmend verschärfen.
In einer Zeit, in der die Industrie auf Grund der technologischen Entwicklung nicht nur vorübergehend, sondern generell einen enorm gesunkenen Bedarf an Arbeitskräften hat, ist es ökonomisch zu verantworten, bestimmte gesellschaftliche Gruppierungen vollkommen "auszubooten". D.h., die Bereitschaft, jeden, der aus politischem Bewußtsein oder aus sozialem Elend nicht völlig in die Norm paßt, zu " eleminieren" , ist größer geworden (die Reservearmee kann drastisch reduziert werden).
Dazu steht dem System ein nie gehabtes Instrumentarium zur Verfügung:

erfaßte Gesellschaft, höchster Grad an Bürokratisierung, effektives Knastsystem und ein soziales Netz, das von den Rändern her (wo die sitzen, die sich am wenigsten wehren können) beschnitten wird, sind nur Stichworte, die die Dimensionen und die Bereiche dieser Auseinandersetzung andeuten sollen.
Dieser unverantwortlich verkürzte Anflug eines ökonomischen Erklärungsmusters soll nur eines deutlich machen: die Auseinandersetzungen in den kommenden Jahren werden härter werden, da es immer größeren Gruppen ans Eingemachte geht. Der Handlungsspielraum des liberalen Staates wird enger.

Vor dem Hintergrund dieser Punkte schätzen wir das Stuttgarter Gespräch folgendermaßen ein:

Es soll die Grenze zwischen Guten und Bösen, Protest- und Widerstandsbewegung ein für alle Mal festschreiben.
Das richtet sich gegen 2 Entwicklungen: die Situation der Nachfolger der großen Bewegungen, die versuchen , an den Projekten wie Startbahn usw. weiterzumachen wird schwieriger/ die Kriminalisierung erleichtert.
Arbeitskämpfe oder andere gesellschaftliche Auseinandersetzungen die anstehen sollen von vornherein kanalisiert werden.

1.



2.

3.

Jeder konsequente, langfristige Widerstand kann leichter ins Abseits gestellt oder gleich in den Knast gesteckt werden.
Nicht nur eine Region soll befriedet oder eine Jahreszeit abgekühlt, sondern eine ganze Gesellschaft soll befriedet werden.

Das Stuttgarter Treffen ist nur eine kleine, nicht einmal die bedeutendste Spitze eines Eisberges und darf nicht überbewertet werden. Die einzelnen Punkte des Grundlagenpapieres, auf die hier im Vorspann überhaupt nicht eingegangen worden ist, können aber Ausgangspunkte für Diskussionen über die angedeutete Entwicklung sein.

4.

DOKUMENT zu den Deeskalations-Gesprächen

1.

EINGANG

Wolfgang Kilger
Kirchenrat

Eckhostraße 20
7000 Stuttgart 1
Tel. (07 11) 46 20 91

Wolfgang Kilger, Kirchenrat, Eckhostraße 20, 7000 Stuttgart 1

Stuttgart, den 9.1.1984
Ki/Bg

Betr.: Viertes Gespräch über Probleme bei Veranstaltungen mit Umweltschutzaspekten am Donnerstag, den 17.Mai 1984 im Waldhotel Stuttgart-Degerloch

Auf vielfachen Wunsch - besonders der Teilnehmer an der Sitzung der ad-hoc -Arbeitsgruppe "Deeskalation von Umweltkonflikten" am Mittwoch, den 21.Dezember 1983 in Mörfelden - wird das ursprünglich für Donnerstag, den 3.Februar 1984 vorgesehene vierte "Stuttgarter Deeskalationsgespräch" verlegt. Nach Rücksprache mit Herrn Dr.Benno Weimann MdL, Düsseldorf, dem Vorsitzenden der Arbeitsgemeinschaft für Umweltfragen (AGU) und dem Herrn Landespolizeipräsidenten Dr.Alfred Stümper, Stuttgart und anderen ist als neuer Termin

Donnerstag, der 17.Mai 1984 von 9.00 - 17.00 Uhr im Waldhotel Stuttgart-Degerloch, Guths-Muths-Weg 18, Tel. 0711/761790 u.765017

vereinbart worden. Es ist beabsichtigt, die bis dahin in endgültiger Fassung vorliegende sogenannte "Stuttgarter Empfehlung" durchzusehen und abzuschließen. Darüber hinaus sollen Zukunftsperspektiven besprochen werden.

Auch wenn etwa vier Wochen vor dem 17.Mai 1984 noch eine endgültige Einladung erfolgen wird, bitte ich darum, auf der beiliegenden Antwortkarte jetzt schon Zu- oder Absage und eventuelle Gesprächsvorschläge zu vermerken.

Mit den besten Wünschen für das begonnene neue Jahr 1984 und der Hoffnung auf ein gesundes Wiedersehen im Waldhotel Stuttgart-Degerloch bin ich

mit vorzüglicher Hochachtung
Ihr sehr ergebener

Kilger

2.

Viertes "Deeskalationsgespräch" 17. Mai 1984
Anlage zum Einladungsschr. vom 09.01.1984

1. Bokler, Michael, freier Journalist, Bonn
2. Bous, Hubert, Domkapitular, Diözese Rottenburg-Stuttgart, Rottenburg
3. Berweger, Karl-Heinz, Pressereferent, Südwestfunk Baden-Baden
4. Becker, Rudolf, Dipl.-Ing. (CDU-Fraktion), Böblingen
5. Erlewein, Günter, Gewerkschaftssekretär (SPD-Fraktion) MdL, Stuttgart
6. Fleischer, Lutz, Dipl.-Ing., Badenwerk AG, Karlsruhe
7. Gerbert, Helmut, Inspekteur der Polizei, Innenministerium BW, Stuttgart
8. Händel, Reinhard, Angestelltensekretär, DGB-Landesbezirk BW, Stuttgart
9. Hoffmann, Wolfhard, Polizeidirektor, Hess.Minister d.Innern, Wiesbaden
10. Kilger, Wolfgang, Kirchenrat, Ev. Landeskirche Württ., Stuttgart
11. Kraft, Horst, Ltd. Polizeidirektor, Innenministerium BW, Stuttgart
12. Krapp, Dr. Rolf, Oberkirchenrat, Kirchenamt der EKD, Hannover
13. Liedke, Dr. Gerhard, Pfarrer, Evang. Landeskirche Baden, Karlsruhe
14. Menke-Glöckert, Peter, Ministerialdirektor a.D., AGU, Bonn
15. Mdh, Dr. Helmut, Direktionsassistent, EVS, Stuttgart
16. Oeser, Dr.ing.h.c. Kurt, Pfarrer, AGU, Bonn
17. Ruckriegel, Dr. Werner, Ministerialdirigent, IM Nordrh.-Westf., Düsseldorf
18. Schiller, Rolf-Christian, Parlamentsrat, FDP/DVP Fraktion im Landtag BW, Stgt.
19. Schirmer, Jürgen, Fotograf, BBU, Bonn
20. Schwalling, Arnim, Geschäftsführer, AGU, Bonn
21. Scholz, Erhard, Landesgeschäftsführer, BUND, Landesverb.BW, Freiburg
22. Sörensen, Heidi, Oberkirchenrätin, Ev. Oberkirchenrat, Stuttgart
23. Suchan, Hans Joachim, Pressereferent, Hess.Minister d.Innern, Wiesbaden
24. Stahl, Dr. Franz, Ministerialrat, Bundesministerium d.Innern, Bonn
25. Steinmeier, F[illegible], Ltd. Polizeidir., Niedersächs.Minister d.Innern, Hannover
26. Sternstein, Dr. Wolfgang, Friedens-u.Konfliktforscher, BBU Stuttgart
27. Stümper, Dr. Alfred, Landespolizeipräsident, IM BW, Stuttgart
28. Volz, Friedrich, Pressereferent, MdL, CDU-Fraktion, Landtag BW, Stuttgart
29. Weimann, Dr. Benno, MdL Nordrhein-Westfalen, AGU, Bonn
30. Weygandt, Gerhard, Ministerialrat, Min.f.Ern.Landwirtsch.Umwelt u.Forsten, Stgt.
31. Windisch, Horst, Ltd. Polizeidirektor, Bundesministerium d. Innern, Bonn
32. Worch, Dieter, Dipl.-Volkswirt, AGU, Bonn
33. Beer, Reiner, Pfarrvikar, beigeordnet für Ober (M.16)
34. Hesse, Horst, Gewerkschaftssekretär, GdP, Hilden
35. Schäufele, Hermann, Pfarrer, AGDF, Kgl

Diese Benachrichtigung ist an die Teilnehmer des dritten Stuttgarter "Deeskalationsgespräches" ...

3.

Empfehlungspapier

E n t w u r f

Stand: 22. Dezember 1983

Im Blick auf die richtigen Wege zur Lösung der großen existentiellen Fragen unserer Zeit sind viele Menschen heute verunsichert, in Ängsten oder gar in Gewissensnöten; die Verunsicherung bezieht sich zum Teil auch auf unseren Staat und seine Grundordnung.

Zahlreiche Bürgerproteste in lebenswichtigen Fragen, wie z.B. der Umwelt- und Friedens- sowie Wirtschafts- und Sozialpolitik vermitteln den Eindruck, daß in unserem politischen Miteinander etwas nicht mehr stimmt. Die positive Grundeinstellung vieler Bürger zum Staat, zur Verfassung, zu den gewählten Repräsentanten und deren Entscheidungen scheint gestört, der innere Friede in Gefahr.
Eine totale Übereinstimmung ist in einer offenen demokratischen Gesellschaft nicht möglich, ja, nicht einmal erwünscht. Die zahlreichen Bürgerinitiativen sind ein Ausdruck für die Pluralität unserer Gesellschaft und ein wichtiges Element der politischen Willensbildung. Sie sind zugleich ein Hinweis auf mangelnde Bürgerbeteiligung auch in der repräsentativen Demokratie und auf die Schwierigkeiten, im Rechtssystem offener Demokratien parlamentarische Entscheidungen in Handeln umzusetzen.

Der Weg, gefährlichen Entwicklungen vorzubeugen, besteht darin, den bürgerlichen Protest ernstzunehmen, den Fragen nicht auszuweichen und innerlich bereit zu sein, auch eigene Positionen zu überdenken. Andererseits sollten auch Bürgerinitiativen und Verbände die von Regierungsvertretern vorgetragenen Argumente sorgfältig prüfen und ebenfalls bereit sein, eigene Positionen zu überdenken. Ziel von Gesprächen sollte es sein, eine Lösung zu finden, die für beide Seiten annehmbar ist. Dazu gehört die umfassende Information der Betroffenen durch die Regierung und der Nachweis, daß die geplante Entscheidung notwendig ist. Eine Regierung, die sich nicht nur als Vollstrecker des Mehrheitswillens versteht, sollte um Vertrauen werben, statt Beschlüsse gegen den Willen der Betroffenen durchzusetzen.
Zur Herstellung eines politischen und gesellschaftlichen Klimas, in dem sich Diskussion und gewaltfreie Auseinandersetzung von selbst verstehen, ist der Respekt vor der Auffassung des Anderen und der Abbau von gegenseitigem Mißtrauen sowie ein [illegible]

4.

Eintreten aller Beteiligten für die Grundprinzipien unserer Verfassungsordnung notwendig.

Wesentliche Bestandteile der politischen Willensbildung und Entscheidung in unserer Demokratie sind die Prinzipien

- der Mehrheitsfindung
- des Minderheitenschutzes und
- des Gewaltverzichts.

Mit der politischen Mehrheit und Macht muß sorgfältig umgegangen werden. Die Notwendigkeit, das Mehrheitsprinzip mit dem Gedanken der Mäßigung zu verknüpfen, ist umso größer, wenn es um Entscheidungen geht, die nicht mehr reversibel sind oder allzuweit determinierend in unsere Zukunft wirken. Solche Entscheidungen sind sorgfältig unter Beteiligung aller relevanten gesellschaftlichen Gruppen vorzubereiten.

Gruppenbestrebungen und Minderheitsinteressen dürfen nicht unterdrückt oder von vornherein abqualifiziert werden. Die Suche nach dem Ausgleich und die Achtung vor Minderheitsmeinungen sind als Grundelemente demokratischer Gesinnung erforderlich. Sie dürfen aber andererseits nicht die Regierbarkeit unseres Gemeinwesens beeinträchtigen.

Minderheiten müssen eigene Anliegen mit Geduld, unter Ausschöpfung der vorgesehenen politischen Wege und grundsätzlich im Rahmen des Rechts verfolgen. Sie müssen sich damit abfinden können, auch zu unterliegen. Nur dann Entscheidungen anzuerkennen, wenn sie sich mit den eigenen Auffassungen decken, widerspricht demokratischem Grundverständnis.

Für die Anwendung nichtstaatlicher Gewalt zur Durchsetzung politischer Ziele gibt es keinen Rechtfertigungsgrund. Auch wenn der bürgerliche Protest ethisch-christlich fundiert erscheint, muß er sich gewaltfreier Formen bedienen. Wer sich trotzdem aus eigenem Ermessen heraus Gewalt anmaßt, führt die Gesellschaft hinter die Errungenschaften des modernen freiheitlichen Verfassungsstaates zurück. Wir müssen daher lernen, die aus den großen Problemen unserer Zeit resultierenden politischen Konflikte gewaltfrei auszutragen, wenn wir unsere demokratische Kultur bewahren wollen.

5.

Die Anwendung staatlicher Gewalt ist streng an Recht und Gesetz gebunden und erfordert angesichts der Probleme unserer Zeit eine immer größer werdende Sensibilität.

Das Recht und ggf. die Pflicht des Staates, Gewalt anzuwenden, muß außer Diskussion stehen. Die Beseitigung dieses staatlichen Monopols würde nicht zu einem Zustand des Friedens, sondern zu einem gewaltsamen Ringen rivalisierender Gruppen, zum Unfrieden und zur Unfreiheit führen.

In der Frage der Definition von Gewalt und Gewaltfreiheit gibt es unterschiedliche Meinungen. So ist beispielsweise nach geltender Rechtsprechung eine Sitzblockade vor einem Atomkraftwerksbauplatz oder einem Atomwaffenlager Nötigung und Nötigung Gewalt. Demgegenüber vertreten gewaltfreie Aktionsgruppen sowie Teile der Ökologie- und Friedensbewegung die Auffassung, es handele sich hierbei um eine Aktion des zivilen Ungehorsams, d.h. um eine illegale gewaltfreie Aktion. Die Definition der Gewalt ist juristisch, gesellschaftlich und politisch umstritten. Obgleich das Recht verbindlich ist und sein muß, unterliegt es doch dem gesellschaftlichen Wandel. So war beispielsweise der Streik lange Zeit eine strafbare Handlung bzw. Unterlassung, während er heute als legales und legitimes Mittel des Arbeitskampfes gilt. Es ist daher nicht ausgeschlossen, daß sich die Rechtsprechung auch in dieser Frage im Lauf der Zeit wandelt. Es besteht jedoch Einigkeit darüber, daß die Verletzung oder Tötung von Menschen bei politischen Auseinandersetzungen Gewalt und abzulehnen ist.

Auch in der Frage der "Gewalt gegen Sachen" gibt es unterschiedliche Meinungen. Einige lehnen "Gewalt gegen Sachen" - in welcher Form auch immer - ab. Anderen dagegen erscheint die Unterscheidung zwischen "Gewalt gegen Personen" und "Gewalt gegen Sachen" wenig hilfreich. Sie schlagen vor, anstelle von "Gewalt gegen Sachen" künftig die Begriffe Sachbeschädigung oder Sabotage zu verwenden. Auch sie lehnen Sachbeschädigung oder Sabotage - von Ausnahmefällen abgesehen - ab. Als solche Ausnahmefälle sehen sie Sachbeschädigungen oder Sabotageakte an, die Menschen aus Gewissensgründen glauben ausführen zu müssen, wobei sie sich zu ihrer Tat bekennen und bereit sind, die Folgen zu tragen.

Fußschweiß!

Wer an lästigen Schweißfuß oder Achselschweiß leidet, beseitigt diesen jetzt durch eine einzige Behandlung mit der „Eta-Fußbadlösung". Die Füße und Achselhöhlen bleiben sofort garantiert trocken und vollständig geruchlos. (Atrophie der Schweißdrüse). Aerztlich aufs wärmste empfohlen. Preis mit Verteiler und Zubehör M. 5.30 durch Nachnahme vom

Laboratorium „Eta"
Berlin W. 143, Winterfeldtstr. 34.

Durch die Beteiligung unterschiedlichster Gruppen an Demonstrationen kann die persönliche Bereitschaft zur Gewaltanwendung verstärkt werden. "Gewaltfreie Aktionen" sind daher erfahrungsgemäß nur in kleineren Gruppen möglich. Deshalb ist zwischen Großdemonstrationen und besonderen "gewaltfreien Aktionen" zu unterscheiden.
Mit sogenannten gewaltfreien Aktionen untrennbar verbunden sind

7.

- der Versuch, alle legalen Möglichkeiten, Abhilfe zu schaffen, auszuschöpfen
- die persönliche Bereitschaft, die für Rechtsverletzungen vorgesehenen Folgen und Maßnahmen auf sich zu nehmen.

Die Ausübung des Demonstrationsrechtes erscheint nur da sinnvoll, wo es Wirkung entfalten kann. Es kann aber notwendig werden, in aufgeheizten Situationen auf Massendemonstrationen in der Nähe strittiger Objekte zu verzichten, um einen gewaltsamen Verlauf zu vermeiden.

Eine enge Zusammenarbeit zwischen Veranstaltern/Leitern von Versammlungen oder Teilnehmern von Aktionen und den zuständigen Behörden vor, während und nach der Veranstaltung fördert das gegenseitige Verständnis und erleichtert allen Beteiligten die Einschätzung der Situation und die Durchführung der jeweiligen Aufgaben.

Dabei sind die Möglichkeiten der direkten Kontaktaufnahme in der Vorbereitung, der ständigen Verbindung während der Veranstaltung und des Gesprächs danach zur besseren gegenseitigen Information, aber auch zur gemeinsamen Nachbereitung zu schaffen und auszuschöpfen.
Eine umfassende, möglichst auch gegenseitige Information sowohl der Demonstranten als auch der eingesetzten Polizeibeamten kann zum Abbau von Feindbildern, zum besseren gegenseitigen Verständnis und damit zum friedlichen Ablauf von Demonstrationen beitragen.

Zwischen der Legitimität (subjektive Rechtfertigung) politischer Forderungen einerseits und der Legalität (Gesetzmäßigkeit) polizeilichen Handelns andererseits muß deutlich unterschieden werden.

Die Polizei ist ein zur neutralen Rechtsanwendung verpflichtetes Vollzugsorgan; sie ist nicht der politische Ansprechpartner.

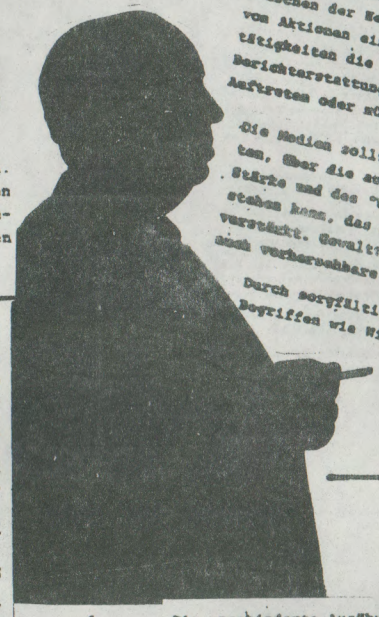
6.

Gerade die bitteren Erfahrungen aus den gewaltsamen Auseinandersetzungen der letzten Jahre müssen als Aufruf an alle verstanden werden, sich zusammenzusetzen, um miteinander nach Ausgleich und gemeinsamen Wegen zu suchen und dadurch ein Mindestmaß an Übereinstimmung zu finden.

Die Wahrnehmung der Grundrechte auf Meinungs- und Versammlungsfreiheit ist ein wichtiges Mittel der gesellschaftlichen Konfliktaustragung; ihr kommt im Rahmen der politischen Diskussion, der Information und der Mobilisierung der Öffentlichkeit besondere Bedeutung zu. Demonstrationen sind legale und legitime Mittel, um direkt auf die politische Willensbildung Einfluß zu nehmen. Das Prinzip des Gewaltverzichts sollte dabei die gemeinsame Basis sein.

Schon aus ihrem fundamentalen Selbstverständnis heraus müssen Ökologie- und Friedensbewegung darauf hinwirken, daß politische Konflikte nicht mit Gewalt ausgetragen werden.

Die Medien sollten sich um faire, ausgewogene Berichterstattung über die jeweilige Problematik, die Ziele, Vorhaben und Aktionen des bürgerlichen Protests bemühen und dafür sorgen, daß der Darstellung von Gewalttätigkeiten nicht der Vorzug vor der Berichterstattung über friedliche Aktionen eingeräumt wird.



Die Medienverantwortlichen sollten sich dessen bewußt sein, daß zwischen der Herstellung von Öffentlichkeit und der Gewaltsamkeit von Aktionen ein unheilvoller Zusammenhang besteht, weil Gewalttätigkeiten die öffentliche Aufmerksamkeit durch umfangreiche Berichterstattung in den Medien weit eher erregen als gewaltfreies Auftreten oder mühevolle politische Überzeugungsarbeit.

Die Medien sollten den möglichen Effekt sehen, daß bei Minderheiten, über die ausführlich berichtet wird, ein Gefühl vermeintlicher Stärke und des "wir haben recht, die Medien stehen hinter uns" entstehen kann, das die Bereitschaft, illegale Handlungen zu begehen, verstärkt. Gewalttätigkeiten können daher das unerwünschte, aber durch vorhersehbare Ergebnis bestimmter Berichterstattung sein.

Durch sorgfältigen, die möglichen Folgen bedenkenden Gebrauch von Begriffen wie Widerstand, Legitimität/Legalität, Recht/Unrecht

8.

Die ungehinderte Ausübung der staatsbürgerlichen Rechte zu gewährleisten, also das Grundrecht der freien Meinungsäußerung und der Versammlungsfreiheit zu schützen, ist für die Polizei eine erstrangige Aufgabe. Die Polizei nimmt daher eine sorgfältige, der besonderen Bedeutung des Demonstrationsrechts Rechnung tragende Abwägung konkurrierender Rechte und Rechtsgüter vor. Die Polizei muß den Begriff der Gewalt am geltenden Recht messen. Sie darf nicht aus rechtsphilosophischen Überlegungen über Legitimität und Legalität unterscheiden zwischen Gesetzen, die man beachten muß und Gesetzen, die man nicht zu beachten brauchte. Sie ist daher nicht zur vorübergehenden Hinnahme von Rechtsbrüchen aus politischen Gründen befugt. Indem sich die Polizei an das geltende Recht hält, werden ihre Reaktionen und Maßnahmen für alle Betroffenen kalkulierbar. Sie macht damit das Risiko überflüssig, zu erproben, wie weit man mit Aktionen gehen kann. Rechtsstaatliche Prinzipien lassen es nicht zu, daß die Polizei bei der Begehung strafbarer Handlungen tatenlos zusieht. Rechtsverletzungen in Form von Straftaten lösen daher - aufgrund der Strafverfolgungspflicht der Polizei - vorhersehbare polizeiliche Maßnahmen aus. Die Polizei bemüht sich jedoch, durch lageangepaßte und verhältnismäßige Reaktionen Eskalationen zu vermeiden.

Die Polizei legt ihrem Einsatz bei Demonstrationen folgende Leitlinie zugrunde:

- Neutralität gegenüber legalen Demonstrationsgegenständen
- Bereitschaft zum Gespräch mit den Veranstaltern und zur Beratung in Fragen der Organisation, der Wahrnehmung von Ordnungsaufgaben und der Verkehrsabwicklung
- Unterstützung aller Bemühungen der Veranstaltungsleitung, die der Friedlichkeit der Veranstaltung dienen
- Differenzierung zwischen friedlichen, verbal-radikalen und gewalttätigen Beteiligten
- Frühzeitige Einleitung von Maßnahmen zur Verhinderung von Tumultdelikten (z.B. Auflegen, Entwaffnung anreisender Gewalttäter)
- Zurückhaltung bei der Wahrnehmung des staatlichen Gewaltmonopols und flexibler Einsatz staatlicher Machtmittel
- Verzicht auf Einsatzmittel mit unkalkulierbarem Risiko
- Sorgfältige Beachtung des Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit
- Konsequente Verfolgung von Gewaltdelikten.

9.

Die polizeiliche Vorbereitung auf Demonstrationen beruht auf gründlicher Lagebeurteilung.
Die grundsätzliche Gesprächsbereitschaft aller Beteiligten und der sich daraus ergebende laufende Kontakt vor, während und nach einer Veranstaltung erleichtern die polizeiliche Lagebeurteilung und Einsatzvorbereitung. Sie helfen, die den gewaltfreien Verlauf einer Demonstration gefährdenden Mißverständnisse und Verhaltensweisen zu vermeiden, und führen dazu, daß alle Beteiligten entkrampfter auf Konfliktsituationen zugehen und mit ihnen umgehen.
Der Einsatz von Verbindungspersonen während der Dauer von Demonstrationen hat sich bewährt und ist auch in zukünftigen Fällen zu empfehlen.

Die Polizei wird sich auf neue gewaltfreie Demonstrations- und Aktionsformen durch entsprechend defensives Auftreten und Einschreiten einstellen.
Unverzichtbare Voraussetzung für eine von der Polizei gewünschte deutliche Zurückhaltung ist jedoch

- eine frühzeitige, eindeutige Absage an Gewalttätigkeiten
- eine Kalkulierbarkeit des gewaltfreien Verhaltens
- das durchgängige Freihalten entsprechender Demonstrationen und Aktionen von jeglichen Gewalttätigkeiten.

Alle Beteiligten sollten sich bemühen, Mißverständnisse und provozierend wirkende Verhaltensweisen und Maßnahmen zu vermeiden. Dazu können gehören

- das Nichtankündigen von Versammlungen und Aktionen
- das vermummte Auftreten oder die Bewaffnung von Demonstranten
- das Verhöhnen oder Beleidigen eingesetzter Polizeibeamter
- Aktionen und Maßnahmen, die Personen unverhältnismäßig behindern, bedrohen oder gefährden
- Maßnahmen, die schärferes polizeiliches Einschreiten provozieren
- aggressiv oder martialisch wirkendes Auftreten von Polizeikräften
- unnötig, übertrogen oder unverständlich wirkende polizeiliche Einsatzmaßnahmen
- unnötige Machtdemonstrationen von seiten der Politiker.

Alle Beteiligten sollten bemüht sein, sowohl die eigenen Möglichkeiten und Grenzen als auch die des potentiellen oder tatsächlichen Konfliktpartners zu beachten.

In regionalen und örtlichen Gesprächen sollten anlaßbezogen die zahlreichen Ansätze guten Willens ausgebaut werden. Es sollten Absprachen und Regelungen gesucht werden, um Konfliktsituationen zu entschärfen und Fehler konkret am jeweiligen Einzelfall zu besprechen.

Weitere Gespräche zwischen Vertretern von Regierung, Parteien, Behörden, Polizei, Bürgerinitiativen, Verbänden und Kirchen können dazu beitragen, bestehende Vorurteile abzubauen, gegenseitige Verständigungsbereitschaft zu fördern und zu einer differenzierteren gewaltfreien politischen Auseinandersetzung zu kommen.

A.

ZUR GESCHICHTE DER STUTTGARTER GESPRÄCHE

Gespräche über die Austragung von Umweltkonflikten gibt es im Rahmen der AGU (Arbeitsgemeinschaft für Umweltfragen e.V.), eines Beratungsgremiums der Bundesregierung, in dem Vertreter der Behörden (BMI, BMFT), Umweltschutzverbände (DNR, BUND, BBU), der Gewerkschaften, der Industrie, der Kirchen u.a. sitzen, schon seit Jahren. Die Öffentlichkeit nahm davon, wie auch von den übrigen Aktivitäten der AGU, kaum Notiz.

Auf Anregung von Staatssekretär Günter Hartkopf und Ministerialdirigent Menke-Glückert fanden im Oktober 1982, im März 1983 und im September 1983 Gespräche auf Landesebene in Stuttgart-Degerloch statt, an denen auch die Polizeiführung des Landes Baden-Württemberg sowie Vertreter der politischen Parteien, der Presse (wenn auch nicht in ihrer Eigenschaft als Berichterstatter) und der Wissenschaft teilnahmen. Gastgeber war die Evangelische Kirche. Wir haben von Anfang an darauf gedrängt, daß auch Vertreter der Grünen und der unmittelbar betroffenen Bürgerinitiativen eingeladen wurden. Das ist auch geschehen. Es handelt sich folglich nicht, wie teilweise in der Presse dargestellt, um "Geheimgespräche" zwischen den Vertretern der Polizei und des BBU. Von Seiten des BBU waren an den Gesprächen die Vorstandsmitglieder Heinz Suhr, Stefan Kohler, Jo Leinen, Jürgen Schirmer und Wolfgang Sternstein beteiligt.

Der BBU ist grundsätzlich zu Gesprächen bereit, sofern ein ernsthafter und fairer Dialog zu erwarten steht. Er vertritt in diesen Gesprächen nicht die gesamte Ökologie- und Friedensbewegung, sondern seine Mitgliedsgruppen auf der Basis der Beschlüsse der Mitgliederversammlung. Sollten die Gespräche zu einem Ergebnis führen, etwa in Gestalt einer gemeinsamen Erklärung der in der AGU vertretenen

B.

Organisationen, so wird es der Mitgliederversammlung des BBU zur Abstimmung vorgelegt. Bei dem gegenwärtig vorliegenden Papier handelt es sich um einen ersten, noch stark verbesserungsbedürftigen Entwurf. Doch selbst wenn die Gespräche zu keinem greifbaren Ergebnis führen sollten, halten wir sie für nützlich, da sie dazu beitragen können, Vorurteile, Mißtrauen, Mißverständnisse und Feindbilder auf beiden Seiten abzubauen.

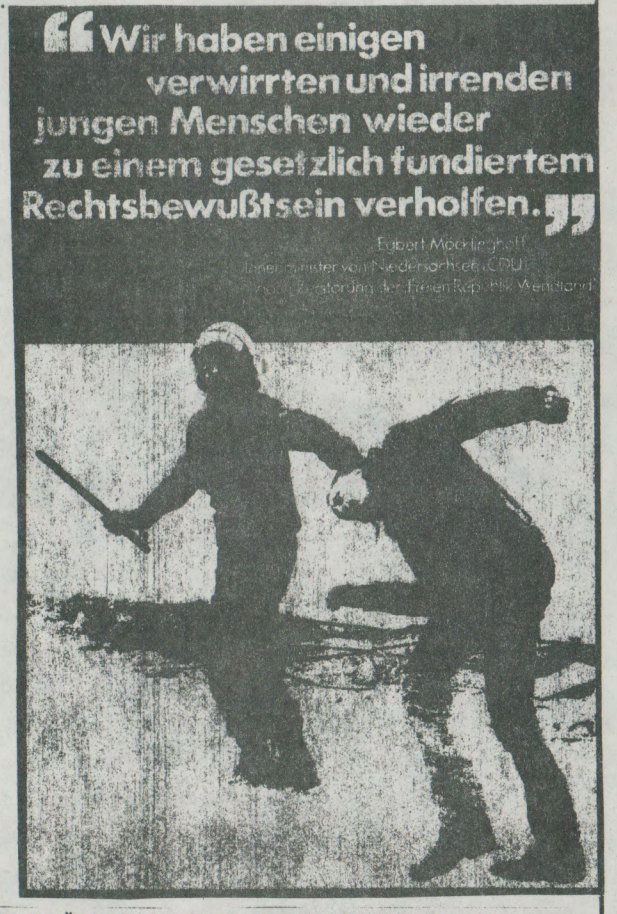
Gespräche auf überregionaler Ebene können nach unserer Auffassung nur den Charakter einer grundsätzlichen Aussprache über die Austragung von Konflikten haben. Äußerungen zu konkreten Aktionen oder Demonstrationen auf lokaler und regionaler Ebene können nur von den dafür zuständigen Gremien gemacht werden. Das entspricht dem Selbstverständnis des BBU.

Die Gefahr einer "Verstaatlichung" der Ökologie- und Friedensbewegung durch solche Gespräche sehen wir nicht. Was heißt überhaupt "Verstaatlichung"? Ist damit gemeint, der Ökologie- und Friedesnsbewegung würde vom Staat eine Spielwiese für Demonstrationen und Aktionen zur Verfügung gestellt, auf der sie sich austoben kann, während die regierenden Politiker ungestört ihre Entscheidungen durchsetzen?

Davon kann keine Rede sein. Wir haben in den Gesprächen deutlich gemacht, daß es in den Sachfragen, etwa beim Atomkraftwerk Wyhl oder bei der Stationierung der Pershing II, keinen Kompromiß gibt und geben kann. Die Regierung von Baden-Württemberg will (wollte) sie durchsetzen und wir wollen die verhindern und das mit aller Entschlossenheit.

Eine andere Sache ist es, mit welchen Methoden diese Konflikte ausgetragen werden. Hier haben wir aufgrund der Beschlußlage des BBU unsere Bereitschaft bekräftigt, Konflikte gewaltfrei auszutragen, was Aktionen des zivilen Ungehorsams und der Nichtzusammenarbeit jedoch keineswegs ausschließt. Wir lehnen jedoch Gewalt im Sinne menschenverletzender Handlungen aus taktischen und strategischen Gründen ab. Durch Gewalt von unserer Seite verlieren wir die Unterstützung der Öffentlichkeit und der Bevölkerung. Mehr noch, die Ökologie- und Friedesnbewegung wird unserer Meinung nach unglaubwürdig, wenn sie das Ziel, Leben zu schützen und zu erhalten durch Mittel zu erreichen versucht, die Leben verletzen oder zerstören.

Vertreter der Polizei haben daraufhin erklärt, sie wollten sich ihrerseits darum bemühen, bei "gewaltfreien Aktionen" auf den Einsatz von Gewalt (Schlagstock, Wasserwerfer, Tränengas usw.) zu verzichten.



C.

Ein Teil der Ökologie- und Friedensbewegung fürchtet, Gespräche mit Vertretern der Polizei und mit politischen Gegnern liefen darauf hinaus, die Widerstandsbewegung berechenbar zu machen. Dazu ist festzustellen: Wir sind in einem Punkt berechenbar. Wir lehnen Gewalt im Sinne menschenverletzender Handlungen ab. Wir sind aber gerade deswegen in der Kraft unseres Widerstandes unberechenbar und hoffentlich auch unbesiegbar!

Wolfgang Sternstein

Dokumentation

WOLF IM SCHAFSPELZ

35-STD.-WOCHE * SOZIALPARTNERSCHAFT* LINKE * KLASSENANTAGONISMUS

Wollen wir wieder einmal dem Wirbel der Medien Glauben schenken, so steht uns nach dem "Heißen Herbst" nur ein "Heißer Frühling" ins Haus. Nicht ohne Übertreibung jedenfalls, sollen die Verhandlungen -und die sie begleitenden Arbeitsniederlegungen- über die 35-Stunden-Woche zur"größten gesellschaftlichen Auseinandersetzung der 80er", wenn nicht sogar"der Nachkriegszeit"werden.

Da bleibt kein Auge trocken - und auch die Herzen der skeptischsten Gewerkschaftskritiker schlagen schneller.

Die sogenannte Basis aber läßt sich nur mühsam auf Vordermann bringen. Die Stimmung -selbst in der IGM -Bastion Daimler/Untertürkheim- ist "lustlos wie nie zuvor" und nicht wenigen "realistischen Metallern" wird's irgendwie mulmig, wenn sie an die nötigen 75% bei der Urabstimmung denken.

"In 35 Stunden wird das Gleiche geschafft - nur für weniger Geld" ist eine einleuchtende Begründung für die Ablehnung. Und wie sie angesichts des Frontalangriffs des Kapitals und der Defensive der Klasse durchgesetzt werden soll, eine andere.

Und nicht zuletzt sind da die Erfahrungen mit dem bundesdeutschen Gewerkschaftsapparat, der sich schwer tut, auch mit noch so radikalen Parolen und Reden sich glaubwürdig und Geschehenes Vergessen zu machen.

Nicht so die (Gewerkschafts-) Linke. Die ficht's nicht an - wenngleich selbst die ansonsten unverdächtige "Revier"(1/84) davor warnt, sich mit geschlossenen Augen vor den Karren spannen zu lassen. Es ist nicht das erste Mal, wo das berühmte "Wer hat uns verraten..." scheinbar obsolet, und bei gegebenem Anlaß wieder in aller Munde sein wird.

Es ist plötzlich wieder notwendig, die Gewerkschaften vor dem politischen Ruin zu bewahren und nahezu vorbehalt- und kritiklos die 35-Stunden-Forderung zu unterstützen.

Und überhaupt: "Arbeitszeitverkürzung ist doch richtig. Mehr Freizeit und weniger arbeiten wollten wir schon immer".

"So eint die Systemfrage diejenigen, die eben dieses bekämpfen wollen und diejenigen, die dies sagen, um es auf Trab zu bringen"(Dieter Marcello in der TAZ v. 17.2.84).

Wir schreiben dieses Papier, um einerseits diese Einigung zu untergraben, weil wir sie für falsch und gefährlich halten und dies nicht hinterher erst feststellen wollen. Andererseits weil's prinzipiell notwendig ist, sich mit den Bedingungen, dem Was, Wer, Wie, Wo und Warum von Forderungen und Kämpfen auseinanderzusetzen, erst recht, wenn sie "von Oben" aufgestellt und dirigiert werden.

Wenn heuer für die 35-Stunden-Woche die Klamotten hingeschmissen werden sollen, so ist's nicht das erste Mal.

Der Stahlarbeiterstreik des Winters 78/79 wie auch die damalige gesellschaftspolitische Situation ist uns deshalb aus aktuellem Anlaß einen Rückblick wert

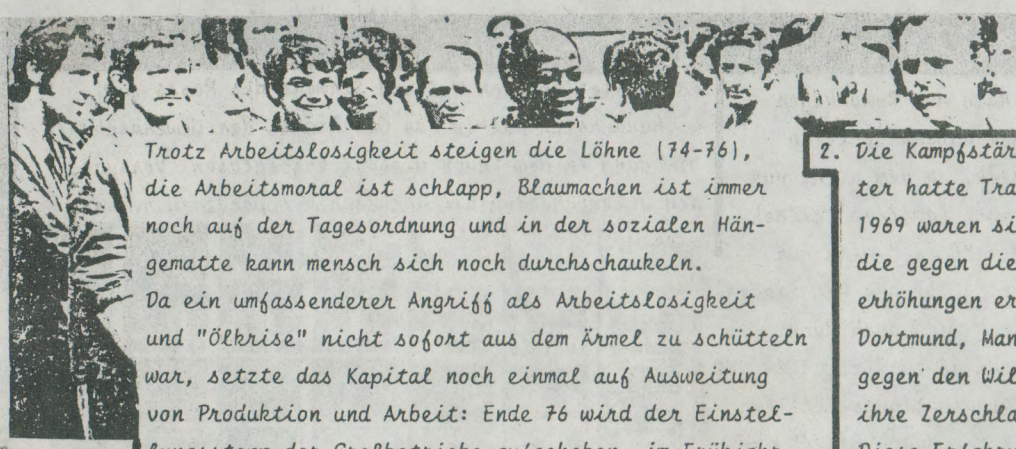
Charakteristisches Ergebnis der "Krise der Massenarbeit", des Kampfzyklus 68-73 (in der BRD: Septemberstreiks 1969 und Stahl- und Automobilarbeiterkämpfe 1973) war die weitgehende Trennung von Leistung und Lohn. Und auf der Haben-Seite zu verbuchen: Lohnsteigerungen (von 69-74/75 real ca. 30%) über Produktivitätszuwachs.

Die Ablehnung, die Lohnarbeit als alleinigen Gradmesser von Selbstwert und Bedürfnisbefriedigung anzuerkennen, war dessen Spiegelbild im gesellschaftspolitischen Bewußtsein.

Diese Abkopplung von Arbeit und Einkommen war ein Meilenstein gegen die -insbesondere in der BRD aus dem Nationalsozialismus überlieferte- Tradition des Leistungsdenkens.

Frontal gegen diesen bewußtseinsmäßigen Einbruch steht die vom DGB seit Jahren propagierte Parole des "Rechts auf Arbeit", die an das "Arbeit macht frei" der Nazis erinnert.

Sicher als Folge davon führen die "Ölkrise" des Jahres 73, die Massenentlassungen und die Arbeitslosigkeit (mittels Rationalisierung und "Internationaler Arbeitsteilung" durchgesetzt) seit 74 als Angriffe auf Zusammensetzung und Einkommen der Klasse nur bedingt zum gewünschten Resultat.



Trotz Arbeitslosigkeit steigen die Löhne (74-76), die Arbeitsmoral ist schlapp, Blaumachen ist immer noch auf der Tagesordnung und in der sozialen Hängematte kann mensch sich noch durchschaukeln.
Da ein umfassenderer Angriff als Arbeitslosigkeit und "Ölkrise" nicht sofort aus dem Ärmel zu schütteln war, setzte das Kapital noch einmal auf Ausweitung von Produktion und Arbeit: Ende 76 wird der Einstellungsstopp der Großbetriebe aufgehoben, im Frühjahr 77 beginnt die Bundesanstalt für Arbeit eine Vermittlungsoffensive via ABM, Umschulungen usw.
Die Zahl der Arbeitslosen bewegt sich 76-78 um 950 000 mit sinkender Tendenz und einem wachsenden Anteil jugendlicher "Neu"-Arbeitsloser.

Inhaltlich an die alte Massenarbeiter-Losung "Mehr Lohn - Weniger Arbeit" anknüpfend, auf einer IGM-Tagung Anfang 77 in Köln erstmals (soweit wir's wissen) unter dem Begriff "ModellSolidarität" konkretisiert, wurde die 35-Stunden-Forderung auf dem IGM-Gewerkschaftstag im September 77 gegen den Vorstand, der dies mit allen Mitteln zu verhindern suchte, in den Forderungskatalog aufgenommen.

Eugen Loderer, damaliger Vorsitzender der IGM, nannte die Forderung "übertrieben" und "nicht durchsetzbar". Eine Einschätzung, der ein gutes Jahr später offensichtlich eine "Änderung" widerfahren sollte - eine Änderung, die sich ausschließlich auf den nordrhein-westfälischen Tarifbezirk, genauer: auf die Stahlindustrie bezog, nicht aber auf den Rest der Republik.
Fakten zum Hintergrund:

1. In der "strukturell" schon damals angeschlagenen bundesdeutschen Stahlindustrie waren seit 1975 40 000 Arbeitsplätze wegrationalisiert worden. Demzufolge war auch die Forderung nach Arbeitszeitverkürzung mit dem Ziel der Eindämmung anstehender Freisetzungen wenigstens bei den betrieblichen Gewerkschaftskadern der Stahlbranche sehr populär (durch die bei 35 Stunden Wochenarbeitszeit notwendige Einführung einer 5. Schicht hätte zumindest eine Umverteilung der bestehenden Belegschaften, wenn nicht -wenigstens vorübergehende- Neueinstellungen rausspringen können). Nicht zuletzt sollte mit der angestrebten Stabilisierung der Belegschaften auch ihre Kampfstärke er- und zusammengehalten werden.
2. Die Kampfstärke und -bereitschaft der Stahlarbeiter hatte Tradition. Wie bei den Septemberstreiks 1969 waren sie auch im Streikjahr 1973 die ersten, die gegen die miesen Tarifabschlüsse der IGM Lohnerhöhungen erkämpften (Klöckner/Bremen, Hoesch/Dortmund, Mannesmann/Duisburg etc.) - natürlich gegen den Willen der Gewerkschaftsführung, die ihre Zerschlagung in vorderster Reihe betrieben. Diese Erfahrung sowie die butterweiche Tarifpolitik der nächsten Jahre, die unter Kurt Herb in NRW "mit List und Tücke" den Arbeitsfrieden wahrte, hatten die Distanz der sog. Basis zur Gewerkschaftsführung konserviert.
3. Das Ruhrgebiet -und dabei speziell die Stahlindustrie- sollte in den nächsten Jahren einem einschneidenden Wandel durch "Strukturkrisen" unterzogen werden: Planmäßige Ruinierung der ökonomischen Substanz der Region und damit ihre Zurichtung zur Billiglohnregion in der Metropole selbst (die Errichtung "Freier Produktionszonen" ist in Planung). Die heutige Arbeitslosenquote im Ruhrgebiet liegt bei 14,6% (und lokal z.T. bei 25%).

Die krisengeschüttelte Perspektive der Region verbunden mit der labilen Kontrolle der Klasse durch die Gewerkschaftsführung dürfte den Ausschlag gegeben haben, einerseits durch einen großen Streik die Belegschaften wieder mehr an die Gewerkschaft zu binden und andererseits durch seine -wie sich zeigen sollte- resignativen Folgen die Ruhe für die nächsten Jahre zu garantieren.

Zum Streik selbst:

Zeitpunkt: Dezember/Januar 78/79.
Die Bedingungen für einen unwirksamen Streik sind "ideal": Die Automobilindustrie als Hauptabnehmer von Stahl hat ihre Konjunktur erst im Frühjahr. Schon allein deshalb war klar, daß es lange dauern würde, bis sich Lieferschwierigkeiten bemerkbar machen.
Überdies war in der Zeit vor dem Streik Stahl auf Vorrat hergestellt worden.
Auch ist die Jahreswende nicht gerade der Zeitpunkt, zu dem auf Hochtouren produziert wird: Weihnachtszeit - Ferienzeit.

Der Streik beginnt am 28.11. nach nur 2-wöchiger Mobilisierung. Sie ist trotzdem außerordentlich hoch. Es wird ein aktiver Streik, an dem nicht nur die Mitglieder, sondern auch ihre Familien teilnehmen. Entgegen der Forderung der "Basis" wird nur schwerpunktmäßig gestreikt (etwa 25% der Mitglieder).

Dem Verlangen nach Vollstreik wird auch dann nicht nachgekommen, als das Kapital zusätzlich 29 000 Arbeiter aussperrt und eine Koordinationsstelle für Terminaufträge einrichtet, die die durch Streik und Aussperrung ausfallende Produktion auf die restlichen Betriebe umdirigiert.

Bereits am 6.12. wird NRW-Minister Farthmann, der bekanntlich gegen die Arbeitszeitverkürzung ist, als Schlichter akzeptiert und ernannt.

Während in über 30 Städten von DGB und IGM organisierte Kundgebungen gegen die Aussperrung stattfinden, liegt am 17.12. das Verhandlungsergebnis auf dem Tisch: 4% mehr Lohn bei 15 monatiger Laufzeit (= 3,2% auf's Jahr bezogen) plus ein paar Freischichten und etwas mehr Urlaub.

Der Vorschlag wird von der Großen Tarifkommision abgelehnt und die Ablehnung mit der Ankündigung, den Streik auszuweiten, verbunden. Was die Streikenden zu der Annahme verleitet, am Streikziel würde festgehalten und es solle durch die Ausweitung unterstrichen werden.

Denkste! Bis zur Einbeziehung von weiteren 20 000 Stahlkochern dauert es noch ganze 2 Wochen (3.1.). Einziger Grund für die Ablehnung des "Kompromisses" war nämlich die Beschränkung der Freischichten auf die Nachtschicht (was im endgültigen Abschluß hieß: 3 Freischichten für über 50jährige).

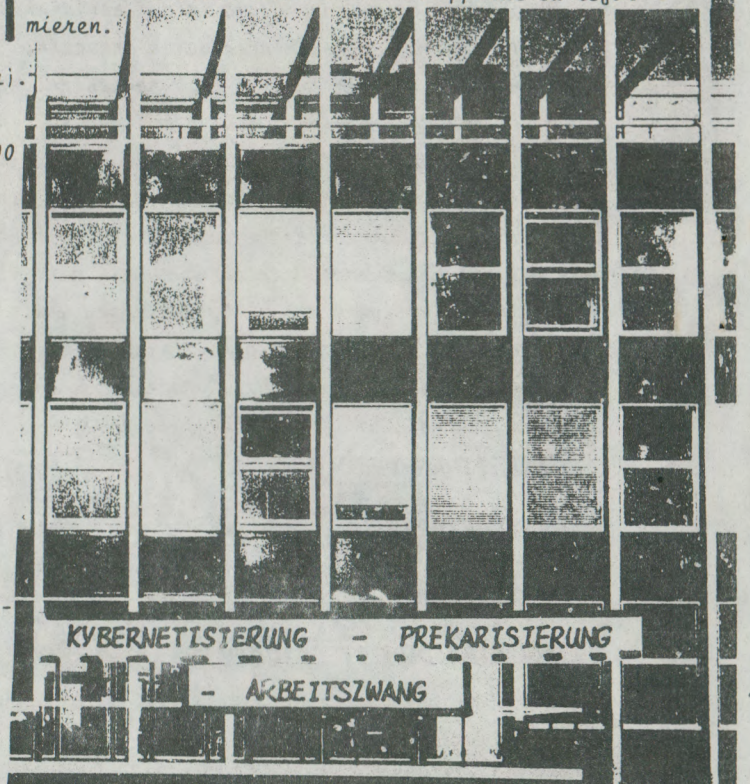
In der ganzen Zeit wird langwierig verhandelt und in bitterer Kälte weitergestreikt.

Am 7.1. erfolgt die Einigung auf der Basis der seit Wochen existierenden Formel mit einer Laufzeit des Manteltarifvertrags bis 31.12.83, d.h. Festschreibung der 40-Stunden-Woche auf 5 Jahre.

Unter den Protesten der Streikenden segnet die Große Tarifkommision den Abschluß ab.

Die Stimmung für die Urabstimmung am 11.1. wird durch die planmäßige Demontage des Streiks (Vorbereitungen zur Wiederaufnahme der Arbeit) aufbereitet und ihr Ergebnis nach dem Motto: "Ihr könnt ruhig wählen, solange wir die Stimmen zählen" durch massive Manipulation in manierliche Form gebracht.

Es sollte sich sehr bald zeigen, daß die Strategie des IGM-Vorstands aufgegangen war. Trotz der während des Streiks intensivierten autonomen Strukturen wurde die Niederlage akzeptiert, d.h. sich mit ihr abgefunden. Während der Großteil also resignierte, kanalisierten sich Wut und Schmerz des Rests zum ...hundersten Mal in der Geschichte der Gewerkschaftsbewegung in dem -auch diesmal erfolglosen- Versuch, den verknöcherten hierarchischen Apparat zu reformieren.



Was hat sich nun in den 5 Jahren seit dem Stahlarbeiterstreik getan, was ist heute die Situation?

Das Kapital weitete das Arbeitsvolumen bis zu Herbst 80 weiter aus. So stiegen allein 1979 die registrierten Ausbeutungsverhältnisse um über 300 000. Ebenfalls vergrößert wurde der Sektor der illegalen Arbeit, vor allem auf dem Bau.

Auf der anderen Seite wurde mit z.T. gewaltigen Investitionen (Automobilindustrie 79-83: 35 Mrd.) der technologisch vermittelte Angriff auf die Klasse vorbereitet. Über die Kybernetisierung von Hand- und Kopfarbeit sollen die traditionellen Facharbeiter-, unteren und mittleren Angestellten- und Technikerschichten entqualifiziert, aufgelöst und unter dem zentralisierten Kommando des Kapitals neu zusammengesetzt werden (NC/CNC-Automaten, Vernetzung der technischen und Verwaltungsabteilungen mit Terminals, elektronische Heimarbeit usw.).

Desgleichen werden die alten Massenarbeiterabteilungen über die technologische Restrukturierung (Automatisierte Fertigungsleittechnik, Roboterisierung) und forcierte Transnationalisierung (z.B. Produktion des Opel-Corsa, Ford-Fiesta und -Escort in Spanien... bis hin zur Vernutzung der ostdeutschen und chinesischen Arbeiterklasse durch VW) zersetzt.

Dieser Angriff setzt im Herbst 80 ein. In dessen Folge werden die erfaßten Ausbeutungsverhältnisse bis Ende 82 um eine Million reduziert. Die offizielle Arbeitslosenzahl wird im gleichen Zeitraum mehr als verdoppelt (850 000 - 2,2 Mio.), ganz zu schweigen von der "Stillen Reserve".

Dagegen werden die illegale Arbeit und die entgarantierten Ausbeutungsverhältnisse [1] erheblich ausgeweitet - gekoppelt mit einer rigorosen Einschränkung und Kürzung des Soziallohns. So überschritt bereits im Mai 80 die Zahl der gemeldeten Arbeitslosen, die kein Geld erhielten, weil entweder ihr Antrag nicht bearbeitet (27,7%) bzw. abschlägig beschieden (22,5%) war, erstmals die 50% Marke.

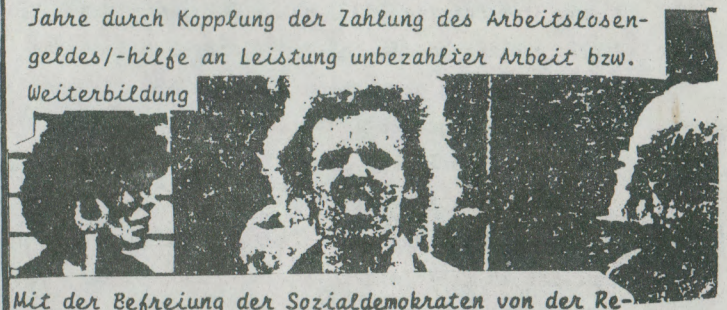
Dieser bekanntlich unter sozialdemokratischer Regierungsverantwortung eingeleiteten Soziallohnbeschneidung gekoppelt mit der Zwangsmobilisierung und -flexibilisierung der Arbeitsmärkte entsprach auf der Seite der (noch) garantierten Teile der Klasse die von den Gewerkschaften mitgetragene Kybernetisierung von Produktion und Verwaltung - verbunden mit einer seit 1980 anhaltenden Reallohnsenkung (jährlich zwischen -0,3 und -2,2%).

Konsequent fortgesetzt wurde und wird diese Politik von den Fraktionen der Bonner "Wende".

Neben den bereits erfolgten Maßnahmen wie bspw. der Streichung des Invaliditätsrentenanspruchs für die Ungarantierten und einer neuen Arbeitszeitordnung (die die alte von den Nazis 1938 für die Kriegsproduktion erlassene bei weitem übertrifft) stehen u.a. demnächst an:

Speziell die Entgarantierung und Flexibilisierung des gesamten Klitschensektors (maximal 5 Beschäftigte
- durch Aufhebung des Kündigungsschutzes
- die Möglichkeit, unbeschränkt viele Teilzeitschaffer/innen bis zu 45 Stunden monatlich zu vernutzen, ohne daß dadurch der Klitschenstatus aufgehoben wird

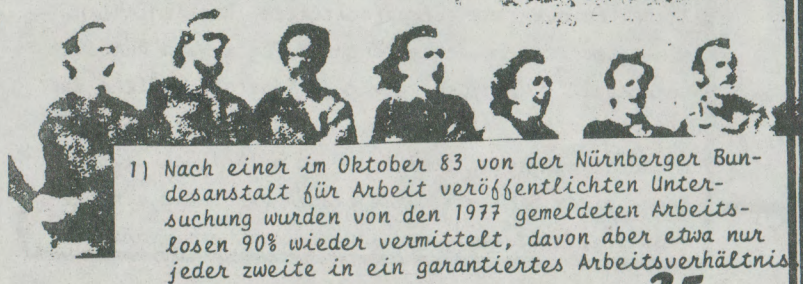
Allgemein die
- Erweiterung der zulässigen Befristung von Ausbeutungsverhältnissen von einem 1/2 auf 1 Jahr
- Aufhebung der bisherigen 3-Monats-Grenze für den Einsatz der legalen Sklaven(Leih-)arbeiter
- Vereinheitlichung der Hinzuverdienstgrenzen für Rentner auf 390 DM/Monat bei gleichzeitigen Rentenkürzungen
- Einführung der Teil-Arbeitsfähigkeit für Kranke
- Zwangsarbeit für arbeitslose Jugendliche bis 28 Jahre durch Kopplung der Zahlung des Arbeitslosengeldes/-hilfe an Leistung unbezahlter Arbeit bzw. Weiterbildung



Mit der Befreiung der Sozialdemokraten von der Regierungsverantwortung änderte sich ihre Rolle und damit auch die der von ihnen hegemonisierten Gewerkschaften. Die Zeit des offensichtlichen "Schulterschlusses" mit der offiziellen Bonner Politik ist vorbei, es darf oder besser soll wieder "Flagge" gezeigt werden. Integration ist angesagt, denn der allerorts diagnostizierte "Soziale Sprengsatz" muß entschärft werden. Der Versuch des DGB im Winter 82, die Arbeitslosenmis unter die eigenen Fittiche zu bekommen, war der erste, der massive Einstieg von SPD und DGB in die Friedensbewegung der nächste Schritt. Diese integrative Funktion der Sozialdemokratie ist nicht nur Strategie zur kapitalistischen Herrschaftssicherung. Sie ist gleichzeitig immer auch die Latte, an der sich die politische Existenzberechtigung der Sozialdemokraten als Herrschaftselite messen lassen und unter Beweis stellen muß.

Ein zusätzlicher Punkt, der für die momentane Auseinandersetzung um die 35-Stunden-Woche von Bedeutung ist, ist die Absicherung des eigenen Apparats. Durch die von den Gewerkschaften in aller Konsequenz mitgetragene Restrukturierung wird eben auch die eigene Machtbasis, das sind die Kernbelegschaften der Großbetriebe, zersetzt. So verlor allein die IG Metall seit 1980 knapp 100 000 Mitglieder, Tendenz steigend. Und Mitglieder sind vor allem Beitragszahler. So dürfte allein der dadurch bedingte Beitragsverlust der IGM bei ca. 25-30 Mio.DM liegen.

Diese Kernbelegschaften müssen also der eigenen Selbsterhaltung wegen so weit als möglich stabilisiert werden, wozu gleichzeitig gehört, nach Jahren der Reallohnsenkung auch mal wieder Erfolge vorzuweisen. In diesem Sinn stellt auch die sonst gewiß nicht gewerkschaftsprotegierende FAZ fest: "Schwache Gewerkschaften nützen niemandem".



1) Nach einer im Oktober 83 von der Nürnberger Bundesanstalt für Arbeit veröffentlichten Untersuchung wurden von den 1977 gemeldeten Arbeitslosen 90% wieder vermittelt, davon aber etwa nur jeder zweite in ein garantiertes Arbeitsverhältnis

"DER WEG NACH SILICON VALLEY FÜHRT NICHT ÜBER DIE SUBVENTIONIERTE FRÜHRENTE"

Die Forderung nach "Arbeitszeitverkürzung bei vollem **Lohnausgleich**" (35-Stunden-Woche) steht auf den ersten Blick in offensichtlichem Gegensatz zur vom Kapital geforderten Flexibilisierung, Mobilität, Reallohnsenkung und Ausdehnung des Arbeitstages.

Auf dem Hintergrund der zunehmenden Eliminierung nahezu aller Errungenschaften der Gewerkschaftsbewegung der letzten 100 Jahre - DGB-Zimmermann: "Es geht um die gesellschaftspolische Substanz der Republik" - und dem Vorschicken der IGM als kampfstärkster Organisation seitens der HBV, DPG, ÖTV und IG Druck und Papier scheint sich eine scharfe Konfrontation abzuzeichnen.

Darauf könnte auch der strategische Schachzug des Kapitals im Vorfeld der Tarifauseinandersetzungen, die Blüm'sche Vorruhestandsregelung, hindeuten. Diese greift die Tendenz zur Verjüngung der Arbeitskraft auf, betrifft ohnehin nicht viele, da das durchschnittliche Ausscheidungsalter inzwischen bei 54 Jahren liegt und ist sowieso nur Ersatz für den Wegfall des vorgezogenen Altersruhegeldes nach der bisherigen "58er" oder "59er"-Regelung. Mit dem einzigen, nicht unwesentlichen Unterschied, daß der Blüm'sche Entwurf die finanziellen Lasten mehr vom Staatshaushalt weg auf die Mittel- und Großbetriebe UND die Betroffenen verschiebt.

Dies alles auf dem Hintergrund, daß sich die in einem Boom befindlichen Automultis einen Streik kaum leisten können.

Daß der Blüm'sche Schachzug erfolgreich sein könnte, deutete zunächst auch der Beifall der rechtssozialdemokratischen, mehr betriebs- als sozialpartnerschaftlich orientierten Gewerkschaften unter Führung der IG Chemie an.

Bis hierhin fügt sich alles noch in ein weitverbreitetes Bild.

Während die Unternehmer noch in verschiedenen Städten der BRD auf die Straße gehen, wird Anfang Januar im "Manager Magazin" erstmals von dieser Seite die Vorruhestandsregelung öffentlich in Frage gestellt: "Der Weg nach Silicon Valley (gemeint ist das in wenigen Jahren mit sog. Risikokapital aus dem Boden gestampfte kalifornische "Mikroelektronikparadies") führt nicht über die subventionierte Frührente", verbunden mit der abschließenden Fragestellung, wieviel der "soziale Friede" eigentlich wert sei.

Während Anfang Februar BMW-Chef Kuenheim auf der Bilanzpressekonferenz seines Konzerns verkündet, in der Frage der Wochenarbeitszeitverkürzung sei kein Kompromiß möglich und damit droht, das geplante Werk in Regensburg im Fall ihrer Durchsetzung nicht zu bauen, ist in dem bereits zur gleichen Zeit an den Kiosken ausliegenden Monatsjournal "Capital" - aktueller als jede Tageszeitung - just jenes Zitat als"kürzlich" geäußert schon nachzulesen. Eingebunden in einen Bericht, wonach derzeit bei BMW die 36 Stunden-Woche als Kompromiß favorisiert werde - "und zwar an vier Tagen je 9 (!) Stunden" verbunden mit regelmäßiger Samstagsarbeit: Darüber Ausdehnung der Betriebszeit von jetzt 80 (5 Tage a 16 Stunden = 2 Schichten a 40 Stunden) auf 108 Wochenstunden (6 Tage a 18 Stunden = 3 Schichten a 36 Stunden).

Die am gleichen Tag erscheinende "Wirtschaftswoche" schlägt in dieselbe Kerbe: "Es besteht im übrigen kein Gegensatz zwischen Arbeitszeitverkürzung und Arbeitszeitflexibilisierung. Im Gegenteil: Eine 35-Stunden-Woche läßt sich sogar flexibler handhaben als die gegenwärtige 40-Stunden-Woche."

Auch der neueste "Stern" (5/84) weiß aus dem anderen Lager zu berichten, daß der für die IGM-Tarifpolitik zuständige Janssen eine verbindliche, starre Arbeitszeitregelung - wie etwa den 7-Stunden-Tag - nicht anstrebe. Er denke an "Blockfreizeiten, Freischichten, an Mischmodelle zwischen längerer Tages- und kürzerer Nachtarbeit". über die jeweilige Regelung sollten die Betriebe selbst entscheiden..

Es dauert nun keine zwei Tage, da macht auch die IG Chemie einen Schwenk: wurde bisher eindeutig eine Lebensarbeitszeitverkürzung favorisiert, empfiehlt der

Hauptvorstand den regionalen Tarifkommissionen nun die "Verkürzung der Wochen- und Lebensarbeitszeit". Verstärkt wird nun auch von gleicher Seite die seit langem bekannte finanzielle Ausgestaltung der Blüm'schen Vorruhestandsregelung kritisiert.

Die ungebrochenen verbalen Attacken und öffentlichen Auftritte vor allem der Lobbyisten der Klein- und Klitschenbetriebe, die in diesem Konzert real sowieso nix zu sagen haben, und der Funktionäre von Gesamtmetall sind die notwendige Begleitmusik, um eine Kompromißformel auf der Basis des BMW-Modells durchzuboxen: Weitgehendes Entgegenkommen in punkto 35-Stunden-Woche GEGEN totale Arbeitszeitflexibilisierung. "Mithin Geben und Nehmen auf beiden Seiten" ("Capital").

Für den Gewerkschaftsapparat wäre ein evtl. 36-Stunden-Abschluß (denkbar in 2 Etappen, z.B. 1985 oder 86: 38 Stunden, 1988: 36 Stunden) ein vorweisbares "Traumergebnis", ein"Sieg" - mit bitterem Nachgeschmack allerdings.Für's Kapital hieße das: Wiedereinführung der Samstagsarbeit (für die dann der 25% Zuschlag incl. weiterer Zugeständnisse für Sonderschichten entfiele), 6-Tage-Woche und Aufhebung des 8-Stunden-Tags. [1]

Damit über die Verringerung der "Totzeit" bessere Auslastung und schnellerer Umschlag des fixen Kapitals, mithin eine Reduzierung der auf die Profitrate drückenden fixen Kapitalkosten. Ein Modell, das nicht nur auf die unmittelbaren Produktionsabteilungen, sondern auch auf die privilegierten Facharbeiter-, Techniker- und Angestelltenschichten anwendbar ist (neben 6-Tage -Woche Einführung der Schichtarbeit). Darüberhinaus sind hierbei einer verschärften Arbeitsintensivierung keine Grenzen gesetzt. So hat sich die IGM auch ganz bewußt gegen die Verbindung der 35-Stunden-Forderung mit einer Definition der Arbeitsbedingungen entschieden.

Die Frage des Lohnausgleichs ist dabei vor allem aus zweierlei Gründen nur von geringer Bedeutung.

1. Meinte die bewußt diffus gehaltene Forderung nach "vollem Lohnausgleich" nie Reallohnausgleich.
2. Wurde die IGM von Anfang an nicht müde zu betonen, daß ein Lohnausgleich bei den Lohnverhandlungen "berücksichtigt" werde. Erst Anfang Februar wieder machte IGM-Mayr in einem Interview mit dem "Handelsblatt" folgende Rechnung auf: 1984 fordere die IGM nur eine Lohnerhöhung in Höhe der Inflationsrate (3%). Ohne Arbeitszeitverkürzung aber müßte sie 1984 höher sein als 1983, wo sie 7% betragen habe - und mit 3,2% abgeschlossen wurde.

Hiernach ist der Lohnausgleich also reine Definitionssache. Das zeigt auch folgende Rechnung: Geht mensch von einer 36-Stunden-Regelung aus, so käme allein der nominale Lohnausgleich für's Kapital einer Lohnerhöhung von insgesamt 11,1% gleich. Bei der üblichen 5jährigen Geltungsdauer des Manteltarifvertrags wären dies im jährlichen Schnitt 2,22%. Wenn die IGM nun 3% zusätzlich fordert, meint sie damit erfahrungsgemäß 1,3-1,4%. Macht summa summarum: 3,5-3,6%, also das übliche.

In diesem Zusammenhang erscheint uns noch bemerkenswert, daß die gewerkschaftsoppositionellen Gruppen die Frage des Lohnausgleichs in ihren Einzelkritiken nie problematisiert haben - ganz zu schweigen von grünen Ökologen, die einen Lohnausgleich von wegen Konsumverzicht (für die Massen, versteht sich) am liebsten ganz vom Tisch hätten.

Dem Gewerkschaftsapparat wäre mit der angedeuteten Kompromißformel in zweierlei Hinsicht gedient:

1. Durch die damit erforderliche Ausweitung der Schichten (z.B. statt bisher 2 dann 3) wäre der weitere Abbau der Mitgliederbasis in den Großbetrieben zunächst gestoppt. In diesem Sinn rechnete auch der Vorsitzende der DPG van Haaren Anfang Februar folgendes vor: Die Post wolle in den nächsten Jahren 30 000 Arbeitsplätze wegrationalisieren. Werde nun die 35-Stunden-Woche durchgesetzt, so bedeute dies rein rechnerisch 70 000 neue Arbeitsplätze. Selbst wenn über Rationalisierung (gemeint ist Arbeitsintensivierung) die Hälfte davon unterlaufen werde, blieben immer noch 35 000.
2. Auch wenn es der Apparat bislang noch nicht geschafft hat, seine aus Erfahrung zu Recht mißtrauische Basis für den großen Kampf zu mobilisieren, so doch seine in- wie externe linke Opposition trotz oder besser wegen aller Detailkritiken. Und das ist ihm nicht weniger wichtig.

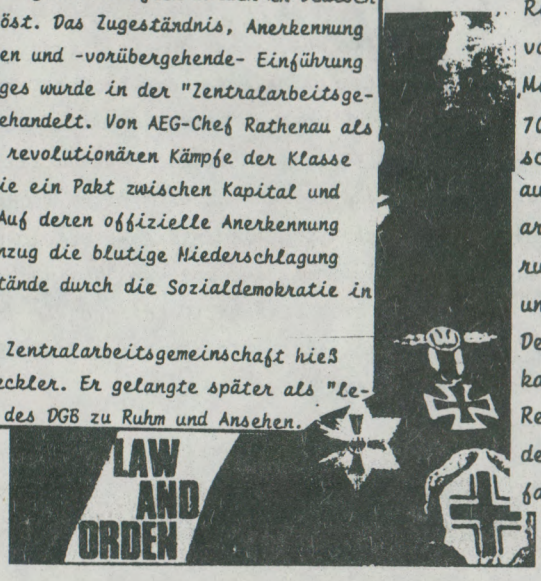
Allenthalben werden die Messer gewetzt und in diesem Zusammenhang gar von "Nur noch die Utopien sind realistisch" (Oskar Negt in der TAZ) gesabbert. Im Fall eines Streiks dürfte der "Schulterschluß" dann ein totaler sein.

1) Das jüngst mit großem Hallo in allen Medien publizierte Beispiel der"Gummiwerke Fulda" zeigt denn auch vorbildlich, wo der Hase lang läuft: 38,5 Wochenstunden auf dem Papier = 44 Stunden plus Samstagsarbeit (die Reifenindustrie erlebt derzeit im Gefolge der Autoindustrie einen Boom) - und dafür entsprechend Freizeit.

Und das ist exakt der Punkt, an dem sich das sozialpartnerschaftliche (IGM) gegenüber dem betriebspartnerschaftlichen (IG Chemie) Gewerkschaftsmodell für das Kapital beweisen kann. Dabei ist nicht die Frage ob, sondern WIE die totale Arbeitszeitflexibilisierung auf gesamtgesellschaftlicher Ebene am konfliktfreiesten durchgedrückt werden kann.
Einzelbetriebliche Lösungen wie z,B. in den Chemiekonzernen punktuell seit einiger Zeit praktiziert, sind für's Kapital (auch intern, z.B. in Bezug auf die Kleinbetriebe) erstmal der bequemere und vielleicht auch billigere Weg.
Das hat allerdings auch viel damit zu tun, daß in dizsem Sektor oppositionelle Tendenzen bislang erfolgreich - aus welchen Gründen auch immer - ein- und ausgegrenzt werden konnten
Demgegenüber basiert das sozialpartnerschaftliche Modell der IGM prinzipiell mehr darauf, die Linke in die kapitalistische Krisenstrategie produktiv miteinzuspannen (ohne jedoch darauf zu verzichten, wenn nötig kritische Teile auszuschließen).
Auf den konkreten Fall bezogen heißt das, wenn sich die Situation auf die Alternative: Keine Arbeitszeitverkürzung - Arbeitszeitverkürzung gegen Flexibilisierung zuspitzt, wird auch die Linke wenngleich mit knirschenden Zähnen, der letzten den Vorzug geben. Die bittere Pille einmal mitgeschluckt, werden sie dann auch das Maul halten müssen.

Wenn IGM-Vize Steinkühler am vorletzten Februarwochenende auf einer "35-Stunden-Solidaritätskonferenz" im Frankfurter "Holiday Inn" von dem "schweren Weg" in die 35-Stunden-Woche sprach, der mit "großen Opfern verbunden sein kann", so meinte er genau das. An wen dagegen sein Appell gerichtet war, daß die Gewerkschaften im Fall eines Scheiterns "gebrochen sein" würden und "auf viele Jahre nicht mehr Hoffnungsträger" (=integrative Kraft) sein könnten, ob nun an die Basis die Linke, das Kapital oder alle gleichermaßen, kann dahingestellt bleiben.

Die "gelben" Firmengewerkschaften wurden in Deutschland 1918 aufgelöst. Das Zugeständnis, Anerkennung der Gewerkschaften und -vorübergehende- Einführung des 8-Stunden-Tages wurde in der "Zentralarbeitsgemeinschaft" ausgehandelt. Von AEG-Chef Rathenau als Reaktion auf die revolutionären Kämpfe der Klasse initiiert, war sie ein Pakt zwischen Kapital und Gewerkschaften. Auf deren offizielle Anerkennung erfolgte im Gegenzug die blutige Niederschlagung der Arbeiteraufstände durch die Sozialdemokratie in der "Ära Noske".
Der Sekretär der Zentralarbeitsgemeinschaft hieß übrigens Hans Boeckler. Er gelangte später als "legendärer" Führer des DGB zu Ruhm und Ansehen.



Die Kampagne um die 35-Stunden-Woche auf das zu reduzieren, was sie bestenfalls ist, nämlich der Kampf zweier Linien um die beste Strategie für die Durchsetzung der Flexibilisierung ist eine Sache.
Eine Sache für die angesichts des gesunden Mißtrauens in den Betrieben die Zeichen gar nicht so schlecht stehen - wenn die Linke sich nicht weiterhin bereitwillig vor fremde Karren spannen läßt.
Eine ganz andere Sache ist, das, was die 35-Stunden-Kampagne - z.T. jedenfalls - vorgibt zu sein in und außerhalb der Betriebe tatsächlich anzupacken: den Kampf gegen die vom Kapital abverlangte Zwangsmobilität und -flexibilität, gegen die technologisch vermittelte Restrukturierung von Fabrik und Gesellschaft im Sinne von sozialer Deorganisation der Klasse, Vereinzelung, Ausgrenzung, Verelendung und Vernichtung.

Die Desorientierung und Verunsicherung der Linken als wesentliche Voraussetzung für die Bereitschaft, breite diffuse Bündnisse in der Hoffnung einzugehen, dort von innen her etwas aufzubrechen und bei allen Detailkritiken schließlich doch den "Schritt in die richtige Richtung"herauszudeuteln, hat sicher neben subjektiven vor allem objektive Ursachen.
Mit dem Abflauen der autonomen Revolten der frühen 70er, die auch im Reproduktionsbereich sowohl die verschiedenen Klassensegmente repräsentierten als sich auch - zumindest inhaltlich - den Kämpfen der Massenarbeiter zuordneten, reduzierte sich die Thematisierung des Klassenantagonismus langsam, aber sicher - und blieb letztlich auf theoretische Zirkel beschränkt.
Der Rückzug überwiegender Teile der damaligen radikalen Linken ins Alternative vermittelte psychologisch Resignation und bedeutete politisch einen Bruch in der Vermittlung von Kontinuität und historischen Erfahrungen.

u.a. mit dem Ergebnis, daß sich die Kämpfe im Reproduktionsbereich vor allem inhaltlich vom Bezug zum Produktionsbereich entfernten. Dementsprechend "günstig" sind heute, wo die "soziale Frage", diesmal vom Kapital neu definiert und in Angriff genommen wird, die Erfolgsprognosen reformistischer Integrations- und Vereinnahmungstendenzen.
Und das allgemein verbreitete Gefühl, mit dem Rücken an der Wand zu stehen, trägt sicher auch nicht gerade dazu bei, den Blick zu schärfen.

Es mag auch bequemer sein, sich an die "Spitze" einer Kampagne zu setzen und deren Ziele und Forderungen, die mensch weder formuliert hat noch überblickt, mit den eigenen mehr oder minder revolutionären Projektionen zu überlagern.
Schlimm ist daran weniger, daß so betriebene linke Politik inkonsequent ist. Schlimm sind vielmehr die Auswirkungen. Zimmert doch die Linke durch ihre Beteiligung aktiv an der Verfestigung der verbreiteten Resignation und Perspektivlosigkeit mit, wird unglaubwürdig und fällt damit auch als möglicher Bezugs- und Orientierungspunkt der Klasse flach.

Wie die politische Strategie im Gegenzug auszusehen hat, können wir auch nur vage umreißen. Es kann dabei aber ohnehin nicht um Patentrezepte und -programme gehen. Ergebnisse kann da nur eine massive und massenhafte - auch theoretische - Auseinandersetzung bringen, in der es zunächst darauf ankommt, entlang der Klassenlinie die - zweifelsohne verschütteten - antagonistischen Tendenzen aufzuspüren und freizulegen.
D.h. auf der einen Seite autonome sozialrevolutionäre Positionen - wenn sie auch vorerst minoritär bleiben werden - zu entwickeln, die das Kapitalprojekt definieren und auf seine möglichen Bruchstellen hin abklopfen. Und heißt auf der anderen Seite, sie alsbald praktisch und organisatorisch zu thematisieren und sowohl auf Massen- (politischer) wie auf militanter Ebene voranzutreiben.

Revolutionäre Zellen

"FÜR ARBEIT GIBT ES KEINE GRENZEN, WENN SIE BEZAHLT WERDEN KANN UND DIE VIELFÄLTIGEN HEMMUNGEN IHRER DURCHFÜHRUNG ABGEBAUT WERDEN"
(Haimo George, Bonner Sprachrohr des Siemens-Konzerns)

kurz & schmerzhaft

A N Z E I G E :

Die Freiburger-Stadtzeitung hat eine Sondernummer zum Schwarzwaldhof, Knast usw. nerausgebracht, die Ihr unter folgender Adresse bestellen konnt: Stadtzeitung fur Freiburg Verlag GmbH, Zasiusstr. 40, 7800 Freiburg. Kosten DM 3.-- + Porto, Vorauszahlung bei Bestellung, bei größeren Mengen(ab 20 DM) aufRechnung. (konto-Nr. 20 65 926, Sparkasse Freiburg BLZ. 68050101)

BUNTE HILFE – STARTBAHN WEST

c/o Club Voltaire
Kleine Hochstraße 5
6000 Frankfurt am Main
Tel.: 28 39 48

Spendenkonto:
Commerzbank AG Frankfurt
BLZ: 500 400 00
Kontonummer: 5458534
Barbara Krebs (Kennwort: BUNTE HILFE)

PRESSEMITTEILUNG

Seit mehr als zwei Jahren unterstützen wir diejenigen, die in der Auseinandersetzung um den Bau der Startbahn-18-West mit Polizei und Justiz in Konflikt geraten sind.
Unsere Tätigkeit besteht im wesentlichen darin, durch rechtliche und materielle Hilfe, und, soweit es uns möglich ist, durch Öffentlichkeitsarbeit den staatlichen Sanktionen entgegenzutreten, mit denen inzwischen jede soziale außerparlamentarische Bewegung zu rechnen hat.

Vor einigen Monaten haben wir beschlossen, unsere Arbeit auf die Friedensbewegung im Raum Frankfurt auszudehnen.
Wir gingen davon aus, daß es im Zuge von demonstrativen Aktionen gegen die Stationierung von Pershing-2-Raketen und gegen die auch sonst wachsende Militarisierung im größeren Umfang zu Festnahmen und Strafverfahren kommen würde.
Die Vorgänge im Frankfurter Stadtteil Hausen im Dezember und die dort erfolgten 333 Festnahmen haben die Notwendigkeit einer Ausdehnung unserer Tätigkeit unterstrichen. Eine noch nicht abschätzbare Zahl von Straf- und Bußgeldverfahren steht an.

Um gerichtlich verfolgte Rüstungsgegner unterstützen zu können, brauchen wir drigend Geld.Wir bitten daher um Spenden auf das Konto der BUNTEN HILFE unter dem Stichwort

"Gegen-Rüstung" .

Die bisher bei uns eingegangenen Spenden werden wir, ihrer Zweckbestimmung entsprechend, nur für Startbahnverfahren verwenden. Es muß sichergestellt sein, daß auch in den nächsten Jahren die in die Mühlen der Justiz geratenen Startbahngegner unterstützt werden können; ein Ende der Straf- und Schadenersatzprozesse ist nicht absehbar. Das vorhandene Geld wird dafür mit Sicherheit nicht ausreichen. Wir bitten daher auch weiterhin um Spenden unter dem Stichwort

"Startbahn-West".

Wir danken allen, die unsere bisherige Arbeit ermöglicht haben, und hoffen, daß sie uns auch weiterhin unterstützen werden.

Kreiswehrersatzamt geschlossen !?

Am 30.1.84 wurde der Betrieb des Kreiswehrersatzamtes Mainz etwas gestört. Zweimal wurde an diesem bundesweiten Widerstandstag das Kreiswehrersatzamt geschlossen. Am Morgen kam es zu einer halbstündigen Verspätung bis die mit einer Kette zusätzlich gesicherte Eingangstür geöffnet war. Rechtzeitig zur Mittagspause wurde erneut so gegen 12.oo Uhr das Amt mit einer neuen Kette abgesperrt. Das brachte die Kreiswehrersatzämtler fast zum Kochen. Einer spuckte aus dem Fenster und eine bemühte sich, das herumstehende Gelichter abzulichten. Als die Polizei endlich mit einem großen Seitenschneider ankam, wollte einer der Beamten vom KWA massiv sein Recht aufs eigene Bild geltend machen. Leider hatte der Fotograf keinen Personalausweis dabei, und als schließlich auch die Kameras der übrigen Anwesenden überprüft wurde, fand sich leider in keiner ein Film. Die Polizisten nahmen schließlich in ihrer Hilflosigkeit von mehreren Leuten die Personalien auf, einem wurde sogar der Personalausweis eingezogen. Der zwecks Personalienüberprüfung zum Polizeipräsidium Mitgenommene, wurde nach zwei Stunden wieder laufen gelassen. Da auch seine Kamera leer war, hatten die anwesenden Beamten keine Lust zur genaueren Personalienfeststellung. Ansonsten hätten sie feststellen müssen, daß Rüdiger seit Anfang Januar im Knast hätte sitzen sollen (wegen Totalverweigerung). Somit bleibt als Fazit, es steht schlimm um "unseren" Staat, wenn sogar schon bei der Polizei die Schlampigkeit einkehrt. Es ist eben auf niemand mehr Verlaß, endlich die Wende?

KLEINANZEIGE

STEPHANSHAUSEN-RHEINGAU 30 KM VON WIESBADEN...

2 ha - Höfchen such noch 'ne Magd oder 'nen Knecht, der/die bei uns mitmachen will.

Vorhanden sind: ein Philosoph, eine Lilith, 2 GALA-Bauern, 14 Hühner, 3 Ziegen und eine Katz, sowie bald jede Menge Gemüse.
Mitzubringen ist: Enthusiasmus, Lust an gemeinsamen Schaffen und Faulenzen, ganz viel Lebendigkeit und Erfahrungen im Gartenbau oder der Landwirtschaft.
Ernsthafte Anrufe erbeten unter:
06722/64336

PROJEKT FREIES - KOMMUNIKATIONSZENTRUM

wiesbaden

In letzter Zeit hat sich die "Raumnot" für verschiedene "freie" Gruppen (Friedens-,Umwelt-,3.Welt-,etc.) in Wiesbaden erheblich verschärft. Der AKU (Arbeitskreis Umweltschutz) z.B. hat größte Schwierigkeiten, Räume für Veranstaltungen zu bekommen; der für eine kontinuierliche Arbeit notwendige Umweltladen verschlingt monatlich fast 600 DM Mietkosten. Nicht besser sieht es bei den ausländischen Gruppen aus, deren Situation sich durch die Schließung des Kolpinghauses drastisch verschlechtert hat.

Anderen Gruppen wird es kaum besser gehen.
Ständige Treffs können fast nur noch in Privatwohnungen durchgeführt werden, geeignete Räume für Veranstaltungen fehlen völlig.
Zwar bieten die städtischen Zentren alle baulichen und technischen Möglichkeiten, um kommunikativ und informativ tätig zu werden, doch festgelegte Öffnungszeiten und die Arbeitszeit der dort Beschäftigten verhindern eine kontinuierliche Arbeit. Außerdem können inhaltliche Eingriffe durch Organe der Stadtverwaltung verschiedene Aktivitäten unmöglich machen.

Um diese Misere angehen zu können, ist es notwendig, einen Überblick über die aktiven Gruppen zu erhalten, die Räume benötigen und interessiert sind, diesen Zustand zu verändern.

Aufruf an alle Öko-, Frauen-, Friedens-, Ausländer-, 3.Welt-Gruppen und sonstige!!!

Was wir wollen:

- der Zersplitterung und Vereinzelung Wiesbadener Gruppen etwas entgegensetzen
- uns gegenseitig besser austauschen
- an verschiedenen Punkten unsere Arbeit koordinieren
- kurz, wir wollen, daß mehr passiert zwischen den Gruppen

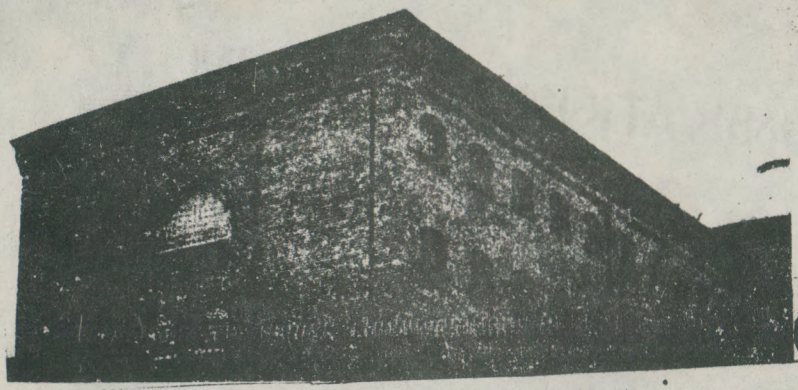
Was uns fehlt:

- Arbeitsräume, um bei Treffen nicht auf Privatwohmumgem, Kneipen oder teure Läden (Umweltladen) angewiesen zu sein
- Räume für Veranstaltungen, Feste etc.

Was wir brauchen:

ein freies KOMMUNIKATIONSZENTRUM !!!

WENN INTERESSE, nächste TERMINE im Umweltladen Körnerstr. 6 Tel. 376620 /WI erfragen.



wiesbaden

dokumentation

HEUTE NACHT HABEN WIR AUS WUT UND SOLIDARITÄT DAS WIESBADENER AMTSGERICHT MIT FARBBEUTELN, STEINEN UND PAROLEN:

ZUSAMMENLEGUNG DER GEFANGENEN AUS RAF UND WIDERSTAND

BERND RÖSSNER SOFORT NACH CELLE

der Krefeld Gefangenen, u. türk. Konsulatsbesetz

KRIEG DEM IMPERIALISTISCHEN KRIEG

ES GEHT UMS SIEGEN ÜBER DIE ORGANISIERTE UNMENSCHLICHKEIT

EINGEDECHT! DIE PAROLEN HABEN WIR AUSERDEM NOCH IN DER STADT GESPRÜHT.

WIR WOLLEN DAMIT AUSDRÜCKEN, DASS ES EINEN UNTRENNBAREN ZUSAMMENHANG GIBT ZWISCHEN DEM WIDERSTAND, DEN WIR HIER DRAUSSEN ORGANISIEREN UND WEITERENTWICKELN WOLLEN, UND DEN LEBEN UND WIDERSTAND UNSERER GEFANGENEN GENOSSEN/INNEN IN DEN ISOLATIONSBUNKERN.

je stärker wir selbst darum kämpfen, unseren traum und die hoffnung auf befreiung von diesem system der organisierten unmenschlichkeit konkreter zu machen, indem wir selbst die konfrontation mit dem imperialismus, seinen projekten—startbahn, stationierung, kriegsvorbereitungen, ...—suchen und bestimmen, umso mehr begreifen wir, wie wichtig es für uns ist, nicht nur nebeneinander an richtigen punkten einzugreifen, sondern uns zur gemeinsamen kraft zu organisieren.
der staat wird überall da, wo ihm entschlossener widerstand entgegentritt, genossen und genossinnen aus der praxis herausreißen. besonders geht es ihm darum, jeden versuch von uns, uns außerhalb seiner kontrolle zu organisieren, zu verhindern, zu zerschlagen. der widerstand soll in den knästen isoliert und gebrochen werden.
einige gefangene haben dagegen die forderung nach zusammenlegung in selbstbestimmte gruppen entwickelt— gefangene aus raf und widerstand, die krefeldgefangenen, die türkischen konsulatsbesetzer—
dafür gemeinsam zu kämpfen bedeutet, ihr zentrales projekt im krieg nach innen, gegen den widerstand—die isolation und vernichtung im knast— zu durchbrechen.
es gibt uns auch kraft und mut, wenn wir mitbekommen, daß und wie der kampf um befreiung und selbstbestimmung im knast weitergeführt wird—daß knast eben nicht der endpunkt für uns heißt, in dem der staat letztendlich den widerstand zerstören kann.

bei der eskalation gegen die gefangenen geht der staatsschutz differenziert vor. diese differenzierung ist auch teil der strategie der trennung und vereinzelung um einen einheitlichen kampf im knast zu verhindern.
am verschärftesten ist die situation von bernd rössner, gefangener aus der raf, der seit über 8 jahren totalisoliert um seine verlegung in eine gruppe von gefangenen aus der raf in celle kämpft. er hat als einer der ersten den antrag gestellt. seitdem es die forderung nach zusammenlegung der gefangenen aus raf und widerstand gibt und war lange zeit dafür im dreckstreik. der letzte schritt des staatsschutzes war der versuch, bernd in die knastpsychiatrie zu stecken, um seinen kampf zu brechen. doch diesen schritt mußten sie erstmal wieder zurücknehmen, nachdem es reaktionen von draußen und eine öffentliche mobilisierung gab.
durch die isolation kann bernd seit längerer zeit kaum noch essen und seine möglichkeit zur auseinandersetzung mit draussen ist noch zusätzlich beschränkt, weil er sich nicht konzentrieren kann, um briefe zu schreiben.
bernds situation ist beispiel für alle kämpfenden gefangenen, die jetzt total abgeschottet werden sollen, um die vernichtung perfekt und lückenlos zu machen.
"...deshalb gehen sie gegen alle vor, die auch im knast um kollektivität und identität kämpfen, aber die erfahrung von kollektivität können sie vom bewußtsein der kämpfenden nicht abtrennen, ohne zu töten." heidi schulz, i.2. im prozess.
für uns, für die kontinuität des widerstands, entscheidet sich einiges an der frage, ob der staatsschutz die vernichtung gegen die gefangenen durchziehen, und uns allen damit ein stück hoffnung nehmen kann—oder ob wir damit, dass der kampf der gefangenen in all unsere kämpfe hier miteinbezogen wird, bzw. wir direkt dazu initiativ werden, die strategie der vernichtung durchkreuzen können.

1.2.84

zu den STEINEN auf ZAPP

dokumentation

zapp macht mit einem rassistischen plakat werbung für den verkauf einer herdensorte. rassismus: das ist nicht nur weiß gegen schwarz, sondern auch arm gegen reich und mann gegen frau.

der als gott (zeus) dargestellte und über "den dingen" stehende mann braucht nur ein bestimmtes hemd anzuziehen, um von der unter ihm stehenden frau angehimmelt zu werden. (daß das versteinerte gesicht typisch ist für die erstarrung und vereisung der meisten männer ist wohl eine unbeabsichtigte fehlleistung).
"das hemd für den körper des mannes"; das bedürfnis nach zärtlichkeit und körperlichkeit wird verdinglicht und reduziert auf den anonymen "körper" und das, was er darauf anhat, das hemd- den panzer, die maske...
solche formen von rassismus verschwinden fast im sumpf des alltags, der aus vielen solchen vergiftungen besteht. damit wird eine gesamtheit von menschenverachtung möglich, die in ihrer versteckheit kaum noch wahrgenommen wird. dem geld, dem kaufen-können werden die bedürfnisse nach gleichberechtigten und selbstbestimmbaren leben, nach intensität und zärtlichkeit, nach sensibilität und genauigkeit, untergeordnet. wer geld hat, kann sich angeblich kaufen, was das leben ausmacht. dafür ist das zapp-plakat nur ein beispiel. daß hier in der brd alles zusammenwirkt zu einem herr-schafts-system, ist kein grund in ohnmacht zu verfallen oder in einem zu hochgesteckten anspruch an widerstand zu verinnerlichen. bei den vorbereitungen und in der aktion selber mußten wir mit unserer angst und solchen ohnmachtsgefühlen zurechtkommen-aber der wille und die freude an der glatten fassade dieses "feinen" geschäfts zu kratzen, stellvertretend für das "mann gegen frau" in dieser gesellschaft, hat uns geholfen, mut und phantasie zu entwickeln, um mit den konkreten schwierigkeiten fertig zu werden.
sie sagen: steine sind keine argumente -und
verseuchen mit ihrem herrschafts-wahn die herzen und köpfe/schlagen mit knüppeln/vergiften mit chemie/ töten mit gefängnissen
sie haben recht: steine sind keine argumente
steine sind erst zögernde versuche
uns zu artikulieren; in der einzigen sprache, die sie verstehen ★ 17./18.1.84

* "Herren"bekleidungsgeschäft in Wiesbaden

krasse zeiten
graue morgen
Freie Aussprache
Unseren Staat in Ordnung bringen: Dafür werde ich arbeiten
Jogging war gut...
Warum soll Pershing schlecht sein?
Hast du jetzt 'n Überblick?